Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (15.01.2005)

Sand im Getriebe 40

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Nach zwei Tsunamis in Asien

Solidarität statt Konkurrenz

Die **Tsunami-Katastrophe** hat die Verletzlichkeit menschlicher Gemeinschaften gezeigt. Sie hat allerdings im Alltag vieler Menschen auch einen Paradigmenwechsel bewirkt. Plötzlich sind es nicht mehr die Konkurrenz oder die Wachstumsraten, sondern das Mitgefühl mit den Opfern, das ins Zentrum des Denkens und Handelns gerückt ist. **Vandana Shiva** (S.28) stellt fest: *„In Südostasien sind nicht nur die Flutwellen gegen die Küste geprallt, sondern es sind auch* ***zwei Welten*** *zusammengestoßen, die* ***Welt von Kommerzialisierung und freier Vermarktung*** *auf der einen Seite, und die Welt, die für eine* ***globale Demokratie*** *eintritt, auf der anderen. Die eine Welt setzt uns schutzlos und ohnmächtig Umweltkatastrophen aus, an denen sie selbst beteiligt ist - während die andere die Menschheit als Ganzes sieht, die dadurch auch in der Lage ist, das Leben neu auszurichten, um sich auf eine ungewisse Zukunft vorzubereiten.“*



Nach der **Tsunami-Katastrophe** ruft **Via Campesina** ruft zu Spenden für Bauern und Fischer auf (S. 7). Darüber hinaus wird die **Forderung nach Streichung der Schulden der armen Länder** (S. 8) immer lauter. Jacques **Nikonoff**, (Attac-F), erinnert daran, dass 1997 ein anderer, ein **Tsunami der Finanzmärkte** Südostasien verwüstet hat, dessen Folgen bis heute nicht überwunden sind.(S.6). Er fordert u.a. die **Erhebung einer globalen Steuer** auf Finanztransaktionen und Aktiengewinne, damit die **Strukturen** der Armut beseitigt und die zukünftige zerstörerische Naturkatastrophen besser abgewehrt werden.

Zusammenleben in Europa – aber wie? **N. Paech** entwickelt seine **Kritik am EU-Verfassungsvertrag** (S.9). Unter dieser Verfassung hätten die **Frauen** besonders zu leiden (S. 14). Wir dokumentieren **Aufrufe, Argumentationshilfen und Kampagnenvorschläge** gegen diesen Verfassungsentwurf. Wir veröffentlichen in diesem Heft auch drei Beiträge, die eine **Bilanz des Europäischen Sozialforums** zu ziehen versuchen (Attac Frankreich, die deutsche Delegation, attac Österreich, S. 18ff). Wir berichten auch über die **Vernetzung von Attac Europa.** Die Menschen in anderen Teilen der Welt erwarten von den Europäern zum Beispiel dass sie die koloniale und auch aktuelle Unterdrückung und Ausplünderung in **Afrika** wahrnehmen (S. 17), oder dass sie sich gegen die Besatzung des Iraks und Palästinas einsetzen. Die Versammlung der **asiatischen Anti-Kriegs-Bewegungen** ruft dazu auf, *„die US-Kriegsmaschinerie zum Stillstand zu bringen“(*S.26). Wir in Europa sollten unseren Teil dazu beitragen und in der Kampagne um die EU-Verfassung offensiv ein atomwaffenfreies Europa und die Auflösung aller US-Militärstützpunkte fordern. Denn schließlich heißt es im Februar wieder: **„Achtung: Bush kommt!“** Ein Sprecher des anderen Amerikas, **Howard Zinn,** hebt hervor (S. 3):

„Kleine Handlungen können die Welt verändern, wenn Millionen sie machen.“

.

Inhalt

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis
Bezugsbedingungen: – Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:. 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 4 Hefte: 2 € pro Heft, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.

– Das Verschicken erfolgt NACH dem Eingang des Betrags auf das Konto: Förderverein für Attac in Hamburg e.V., Kontonummer: 211 000 000, BLZ: 43 06 09 67 GLS Gemeinschaftsbank eG

Das andere Davos

Jahr für Jahr treffen sich die 1000 grössten transnationalen Unternehmen und politischen Führer am World Economic Forum in Davos, um gemeinsam „den Zustand der Welt zu verbessern ", dieses Jahr unter dem Motto *«Taking Responsibility for Tough Choices »*.Die gleichen Akteure sind es,die weltweit den Menschen den Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie etwa Wasser, Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung und Bildung sowie das existenzielle Recht auf Mobilität und Flucht verweigern.Ihre neoliberale und imperialistische Politik setzen sie mit zunehmender Agressivität -und notfalls auch mit Krieg und Gewalt durch.

Gegen ihr neoliberal-imperialistisches Projekt der globalen Enteignung wächst Widerstand: Immer mehr Menschen setzen sich aktiv für eine andere Welt ein. Neben und gemeinsam mit gewerkschaftlichen Aktionen und der wieder erstarkten Antikriegsbewegung sind neue soziale Bewegungen entstanden, die von Seattle über Genua bis hin zur grossen weltweiten Demonstration gegen den Krieg in Irak vom 15.Februar 2003 stets breiter geworden sind. Ausdruck dieses wachsenden Widerstands sind auch das Weltsozialforum und das Europäische Sozialforum, an denen jeweils mehrere zehntausend Menschen zusammenkommen. Seit mehreren Jahren gewinnt auch in der Schweiz Unmut und Protest gegen die herrschenden Verhältnisse an Bedeutung. Er äussert sich in Mobilisierun-gen gegen den Ausverkauf der sozialen Sicherung und der öffentlichen Dienstleistun-gen, die Verschlechterung der Arbeitsbedingun-gen, den Abbau demokratischer Rechte und erkämpfter Errungenschaften oder in anti-imperialistischen Kundgebungen gegen die US-amerikanische Besatzung des Irak.

Im Rahmen der Mobilisierungen gegen das WEF stellt die internationale Konferenz das „Andere Davos " seit nunmehr fünf Jahren dem von oben diktierten Dialog mit dem WEF die Debatte um konkrete Alternativen von unten entgegen. Auf Initiative von attac Schweiz und unterstützt von zahlreichen Organisationen und internationalen Netzwerken treffen sich seit 1999 im Zürcher Volkshaus jedes Jahr an die tausend AktivistInnen der Antikriegsbewegung, der Gewerkschaften und von Widerstands-bewegungen aus Europa, den USA und Lateinamerika sowie zahlreiche Intellektuelle und Interessierte.

Auch das Andere Davos 2005 -dieses Jahr zum ersten Mal in Bern -will erneut ein Ort des Widerstands und der Ausarbeitung von Alternativen sein. Das breite Spektrum der Bewegung wird einladen zu diskutieren, wo der globalisierte Kapitalismus Widersprüche aufweist, an denen emanzipatorische Antworten ansetzen können und gemeinsame Bezüge für zukünftige Mobilisierungen zu suchen.

Demonstration gegen das Word Economic Forum

Gemeinsam gegen Lohn-und Sozialabbau, Ausgrenzung und imperialistische Kriege :

Samstag,22.Januar,14 Uhr, Bern

Widerstand gegen die Globalisierung des Kapitals –für Alternativen von unten

22.Januar 2005,ab 18.00 Uhr im Kulturzentrum ,Waisenhausplatz,Bern

Deglobalisierung oder Globalisierung von unten? Strategien gegen den weltweiten Kapitalismus

Mit Yash Tandon Wirtschaftswissenschafter, Uganda Leiter des South Center in Genf

Es diskutieren: Piero Bernocchi (Gewerkschaft COBAS, Italien); Jacques-Chai Chomthongdi (Focus on the Global South,T hailand, France); Angela Klein (Montagsdemonstrationen, Deutschland); Meredith Kolodner (Antiwar Coalition New York); Alessandro Pelizzari (attac Schweiz)

Ab 22.00:Ska mit Les Vaches laitières (Genf)

Unkostenbeitrag:10.-/15.- Organisation: attac schweiz;**Infos:www.otherdavos.net**

Das Andere Davos wird unterstützt durch (Stand 23.12.):Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Association suisse des Amis du Monde Diplomatique, ATTAC Deutschland, Bewegung für den Sozialismus (BFS), Centre Europe –Tiers Monde, Erklärung von Bern (EVB), Focus on the Global South, Grüne Schweiz, junge Grüne Schweiz, Perspektiven nach Davos, Schw.Arbeiterhilfswerk (SAH),SolidaritéS, Solifonds, Sozialistisch- Grüne Alternative (SGA), terre des hommes schweiz, Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD),Vereinigung Schweiz-Kuba, UNIA,Zo .!-Zürcher offensive Frauen gegen Rechts.

Howard Zinn

Der Optimismus der Ungewissheit

Wie schaffe ich es weiterzumachen und glücklich zu wirken in dieser furchtbaren Welt, in der die Anstrengungen von Menschen oft geringfügig erscheinen, wenn man sieht, was von jenen, die Macht haben, getan wird?

Ich bin mir nicht vollkommen sicher, dass die Welt besser werden wird, aber durchaus, dass wir nicht aufgeben sollten, bevor alle Karten gespielt worden sind. Die Metapher ist bewusst gewählt; das Leben ist ein Spiel. Nicht zu spielen hieße gleich auf jede Gewinnchance zu verzichten. Zu spielen, zu handeln, schafft zumindest die Möglichkeit die Welt zu verändern.

Es gibt eine Tendenz zu denken, dass die Welt in jener Art wie wir sie im Augenblick sehen auch so bleiben wird. Wir vergessen, wie oft wir durch das plötzliche Einstürzen von Institutionen überrascht worden sind, durch außergewöhnliche Veränderungen in den Gedanken der Menschen, durch unerwartete Ausbrüche der Rebellion gegen Tyranneien, durch den raschen Zusammenbruch von Machtsystemen, welche bis Tags zuvor unbesiegbar schienen.

Was von der Geschichte der letzten hundert Jahren hervorsticht, ist ihre vollkommene Unvorhersehbarkeit.

Eine **Revolution zum Sturze des Zaren von Russland**, in diesem trägestem semi-feudalem Imperium, welche nicht nur die fortgeschrittensten imperialen Mächte geschreckt hat, sondern selbst Lenin überraschte und ihn in den nächsten Zug nach Petrograd springen ließ.

Wer hätte **die bizarren Wendungen des Zweiten Weltkrieges** vorhergesehen? - den Nazi-Sowjet Pakt (diese peinlichen Photos von Ribbentrop und Molotov beim Händeschütteln), und die deutsche Armee, wie sie über Russland rollt, anscheinend unbesiegbar, kolossale Opferzahlen hinter sich lassend, wie sie vor den Toren Leningrads und vor Moskau zurückgewiesen wird, und in den Straßen von Stalingrad geschlagen, gefolgt vom Sieg über die deutsche Armee, und Hitler, wie er sich in seinem Berliner Bunker versteckt und darauf wartet zu sterben.

Und dann in der **Nachkriegswelt**, welche eine Form annimmt, die niemand hätte ahnen können: die kommunistische Revolution in China, die laute und gewaltvolle Kulturrevolution, und dann die nächste Wendung, wie das postmaoistische China seine kompromisslosesten Ideen und Institutionen begräbt, Annäherungsversuche an den Westen macht, es den kapitalistischen Unternehmen recht machen will, und jeden sprachlos macht.
Niemand hat die **Aufsplitterung der alten westlichen Imperien** für so knapp nach dem Krieg vorhergesehen, oder die seltsame Vielzahl an Gesellschaften, welche in den damit unabhängig werdenden Nationen entstanden, vom sanften Dorfsozialismus in Nyereres Tansania bis zum Wahnsinn in Idi Amins Uganda.
Spanien wurde bestaunt. Ich erinnere mich noch, wie ein Veteran der Abraham Lincoln Brigade mir sagte, dass er sich nicht vorstellen könne, dass der Faschismus in Spanien ohne einen weiteren blutigen Krieg gestürzt werden könne.
Aber nachdem Franco verschwunden war, entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie, in der SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen, und jeder, leben konnten.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hinterließ zwei **Supermächte** mit ihren Einflusssphären und den von ihnen kontrollierten Gebieten, um militärische und politische Macht wetteifernd. Und doch konnten sie auch jene Gebiete der Erde, die als ihre Einflusssphären betrachtet worden sind, nicht kontrollieren.
Das Versagen der **Sowjetunion**, sich in Afghanistan durchzusetzen, und ihre Entscheidung, sich nach fast einem Jahrzehnt ekelhafter Intervention zurückzuziehen, war der überzeugendste Beweis, dass selbst der Besitz von thermonuklearen Waffen nicht die Herrschaft über eine entschlossene Bevölkerung garantieren kann.
Die Vereinigten Staaten wurden mit derselben Realität konfrontiert. Sie führten einen Krieg unter Einsatz fast aller Mittel in Indochina, bombardierten eine kleine Halbinsel brutaler, als es die Weltgeschichte je gesehen hatte, und waren doch gezwungen sich zurückzuziehen. Die Schlagzeilen zeigen uns jeden Tag neue Fälle in denen die scheinbar Mächtigen vor den scheinbar Machtlosen weichen müssen, wie in Brasilien, wo eine Basisbewegung von ArbeiterInnen und Armen einen neuen Präsidenten gewählt hat, der verspricht, die zerstörerische Macht der Konzerne zu bekämpfen.

Wenn wir uns diesen Katalog von riesigen Überraschungen ansehen, wird es klar, dass der Kampf für Gerechtigkeit niemals aufgegeben werden darf, und sicher nicht wegen der anscheinend überwältigenden Macht jener, die die Waffen und das Geld haben und die in ihrer Entschlossenheit, jene zu behalten, unbesiegbar scheinen.

Diese scheinbare Macht hat sich, immer und immer wieder, als verletzlich herausgestellt, verletzbar durch menschliche Qualitäten, die weniger messbar sind als Bomben und Dollars: moralischer Wille, Entschlossenheit, Einigkeit, Organisierung, Opferbereitschaft, Humor, Einfallsreichtum, Mut, Geduld - ob von Schwarzen in Alabama und Südafrika, BäuerInnen in El Salvador, Nicaragua und Vietnam, oder ArbeiterInnen und Intellektuellen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion selbst. Keine kalte Berechnung der Balance der Macht sollte Menschen abschrecken können, die überzeugt sind, dass sie für eine gerechte Sache einstehen.

Ich habe mich sehr bemüht den Pessimismus meiner Freunde über die Welt zu teilen (sind es nur meine Freunde?), aber ich treffe immer wieder auf Menschen, welche mir Hoffnung geben trotz all der Beweise, für die schrecklichen Dinge, die überall passieren. Besonders junge Menschen, von welchen die Zukunft abhängt.
Wo auch immer ich hingehe, finde ich solche Menschen. Und über die paar AktivistInnen hinaus scheint es noch Hunderte, Tausende und mehr zu geben, welche für unorthodoxe Ideen offen sind. Aber sie wissen oft nichts voneinander, und während sie standhaft bleiben, tun sie das mit der Geduld eines Sisyphus, der für alle Zeiten den Stein auf den Berg hinaufrollt.

Ich versuche jeder Gruppe zu sagen, dass sie nicht alleine ist und dass gerade jene Menschen, welche unglücklich über das Fehlen einer nationalen Bewegung sind, der Beweis für das Potential einer solchen Bewegung sind.

Revolutionäre Veränderung kommt nicht durch einen kataklysmischen Moment (man hüte sich vor solchen Momenten!), sondern durch eine endlose Folge von Überraschungen, einer Zick-Zack-Bewegung zu einer besseren Gesellschaft hin. Wir müssen keine großartigen, heroischen Aktionen durchführen um am Prozess der Veränderung teilzuhaben. Kleine Handlungen können die Welt verändern, wenn Millionen sie machen.

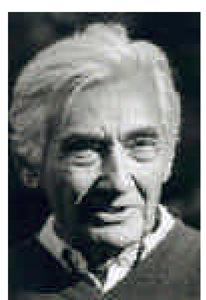
Selbst wenn wir nicht „gewinnen” ist es schön und erfüllend mit anderen guten Menschen dabei involviert gewesen zu sein, etwas richtiges zu machen. Wir brauchen Hoffnung.

Ein Optimist ist nicht notwendigerweise ein Mensch, der in unseren dunklen Zeiten heiter pfeift. In schlechten Zeiten hoffnungsvoll zu sein ist nicht nur dumme Romantik. Es basiert auf der Tatsache, dass die Geschichte der Menschheit nicht nur eine Geschichte der Grausamkeit, sondern auch eine des Mitgefühls, der Opfer, der Courage und der Liebenswürdigkeit ist. Das, wofür wir uns entscheiden, in dieser komplexen Geschichte hervorheben zu wollen, wird unsere Leben bestimmen. Wenn wir nur das schlimmste sehen, zerstört es unsere Fähigkeit etwas zu tun.

Wenn wir uns an die Zeiten und Orte erinnern - und es gibt so viele - wann und wo Menschen sich großartig verhalten haben, gibt uns das die Energie zu handeln und zumindest die Möglichkeit, diesen wirbelnden Kreisel Welt in eine andere Richtung zu schicken. Und wenn wir handeln, egal auf welche kleine Weise, müssen wir nicht auf irgendeine großartige utopische Zukunft warten. Die Zukunft ist eine unendliche Folge von Augenblicken, und jetzt so zu leben wie wir glauben, dass menschliche Wesen leben sollten, trotz all dem, was um uns herum so schlecht ist, ist schon für sich ein wunderbarer Sieg.

ZNet Kommentar 30.09.2004
http://www.zmag.de/artikel.php?id=1239

Dr. Howard Zinn



Jahrgang 1922, Historiker und Politologe, emeritierter Professor der Boston University, Kolumnist der Zeitschrift *The Progressive* und Verfasser zahlreicher gesellschaftskritischer Bücher über Geschichte und Gegenwartspolitik der USA, darunter das schon klassische Werk **"People's History of the United States".**

Zum neuen Buch **'Voices of the people`s history of the United States"** sagt er: **„**Den Lesern (meines) 'A People's History of the United States' stach fast unweigerlich das reiche Quellenmaterial ins Auge: Zitate entflohener Sklaven, amerikanischer Ureinwohner, Zitate von Fabrikarbeitern, von Leuten, die eine abweichende Meinung vertraten, oppositionelle Meinungen jeder Art. Man war fasziniert von den oft kompromißlosen, eloquenten Stimmen des Widerstands - Stimmen, die in den orthodoxen Geschichtbüchern, in Standard-Lehrwerken und den wichtigsten Medien bzw. unserer kontrollierten Kultur meist ausgeklammert bleiben.
Doch es ist wichtig, daß mehr Leute lesen, was diese Stimmen sagen, es ist wichtig, daß diese Stimmen unseren Geschichtsbegriff mitprägen: Geschichte, aus der Perspektive der einfachen Leute, Geschichte, mitgestaltet durch einfache Leute. Daß Präsidenten, Generäle und andere "wichtige" Leute unser Geschichtsbild prägen, hat zu einer Passivität der Bürgerschaft geführt; die Bürger sind sich ihrer eigenen Macht nicht bewußt, sondern leben in ständiger Erwartung eines Heilands von oben, der für Frieden und Gerechtigkeit sorgt - ob nun Gott oder der nächste Präsident. Aber unter der Oberfläche - auf der Straße, in den Baracken der GIs, auf der Farm, in den Wohnwagenparks, in Fabrik und Büro - zeigt sich Geschichte ganz anders. Wann immer Ungerechtigkeit und Kriege gestoppt, wann immer Frauen, Schwarze oder amerikanische Ureinwohner ihr Recht bekamen, steckten "unwichtige" Leute dahinter - Leute, die den Mund aufmachten, protestierten, sich organisierten, die Demokratie zu neuem Leben erweckten.
Mit 'Voices...' verbanden wir das Ziel, unseren Lesern möglichst viele dieser Stimmen vorzustellen - Zeugnisse gelebter Geschichte, wie etwa Reden, Briefe, Manifeste, Proklamationen, Petitionen, Lieder, Gedichte oder Memoiren von Leuten, die die Geschichte mitprägten, es aber im Normalfall nie in die Geschichtsbücher schafften: Frauen, Arbeiter, Nichtweiße, Sklaven, die Ureinwohner Amerikas. Stimmen wie Frederick Douglass, George Jackson, Susan B. Anthony, von Tecumseh, Martin Luther King Jr., Patti Smith, Mark Twain, Angelina Grimke, Sojourner Truth, Malcom X., Fannie Lou Hamer, die 'Mississippi Freedom Democratic Party', Leonard Peltier, usw.. Einige dieser Menschen kennt niemand, andere sind kaum bekannt oder sogar 'anonym'. Dabei haben sie wirklich Volksgeschichte geschrieben.“ (ZNet 12.10.2004)

Sein Buch *Terrorism and War. Interviews with Howard Zinn* erschien im Jahr 2002 unter dem Titel **Amerika, der Terror und der Krieg** im *Herder Verlag* auch auf deutsch.

Marx in Soho: Durch einen bürokratischen Fehler der "Oberen Behörde" erscheint Karl Marx nicht, wie geplant und beantragt, im Soho Londons, sondern im New Yorker Soho der Gegenwart. Hier sieht er sich mit sozialen Problemen konfrontiert, die ihm nur allzu vertraut sind und über die er mit Gusto und Verve herfällt. Wie es aber bei älteren Herrschaften so geht, schweift er schnell ab, und wir erfahren und alles, und endlich die Wahrheit, über seine Ehe, die Liebe zu seiner Frau und den Kindern, den Abscheu vor frühen "Marxisten" und die tumultuösen Debatten mit dem trinkfreudigen Freund und Erzgegner Bakunin. Zinn läßt Marx erneut über die eigenen Thesen nachdenken, kräftig herausgefordert von der immer kritischen Ehefrau Jenny und der brillanten Tochter Eleanor.
Europäische Verlagsanstalt, Hamburg ISBN 3434504842

Nach dem Tsunami in Asien

Jacques Nikonoff, Vorsitzender von Attac-Frankreich

Eine Sondersteuer für Asien

2. Januar 2004

„Zunächst einmal behandeln, dann verstehen“, sagte Albert Camus in ‚Die Pest’. Dies ist tatsächlich das dringendste Ziel, das es angesichts der durch die Riesenwelle verursachten Tragödie, angesichts Hunderttausender von Toten und Verletzten in Asien, Millionen von Obdachlosen und der Zerstörung ganzer Länder, zu erreichen gilt. In wenigen Tagen hat das französische Rote Kreuz allein 10 Millionen Euro gesammelt (die Hälfte der zu der Zeit von der amerikanischen Regierung zugesagten Hilfe). Viele Ortsgemeinden haben sich aufgerafft. **Ja, wir müssen spenden! Dieser bespiellosen Katastrophe muss eine beispiellose Hilfsbereitschaft folgen**. Sie wird den Bedürftigen helfen und die Schande wieder gut machen, die für die Haltung der meisten Regierungen dieses Planeten typisch ist. Aber wir müssen uns beeilen, denn wenn dieser ‚Medientsunami’ erst einmal in einigen Tagen abflaut, werden die Opfer vergessen und mit ihrem Schicksal allein gelassen sein. Wie im Falle des Iran, wo die internationalen Hilfsversprechen für die Opfer des Erdbebens sich auf eine Milliarde Euro beliefen, von denen nur 1% überwiesen wurden, ohne dass sich auch nur irgendjemand (bzw. die Allerwenigsten) darum kümmerte.

In unseren Sesseln zurückgelehnt, sehen wir uns live im Fernsehen die Bilder des Grauens an, so als wären wir dabei gewesen. Aus Solidarität und wahrem Mitgefühl haben viele Personen einen Scheck an die humanitären Organisationen geschickt oder werden dies noch tun. Das war gut so und es sollte alles getan werden, um die Hilfsbereitschaft weiter zu stärken. **Aber ist das genug? Kann es dabei bleiben? Was sollten wir noch tun?** Wir sollten ernsthaft über die Heuchelei unserer Zeit nachdenken und dann entsprechend handeln.

Irgend etwas scheint in der Haltung der **Medien** und den Kommentaren der meisten politisch Verantwortlichen nicht zu stimmen. Diese jedes Maß sprengende Katastrophe wird einfach nicht reflektiert. Sie wird auf eine Frage für Buchhalter und makabre Bilder reduziert, sie wird wie ein Schicksalsschlag dargestellt, der die Machtlosigkeit nationaler und internationaler Obrigkeiten heute, gestern und morgen rechtfertigt. Angesichts dieser medialen Gehirnwäsche, ist es gut, sich einige Wahrheiten in Erinnerung zu rufen.

Akzeptieren wir zunächst einmal die Tatsache, dass die Toten eines Tages die Toten aller Tage aufwiegen. Sicherlich konnte die außerordentliche Ausmaß des Erdbebens, seine Plötzlichkeit, seine geographische Lage, die biblische Symbolhaftigkeit der Sintflut, die diese zur Zeit der Weihnachtsfeiertage hatte, nichts als Schock und Emotion auslösen. Aber vergessen wir auch nicht, dass nach Angaben der FAO (Food and Agricultural Organization) **jeden Tag 25.000 Menschen an Hunger und Mangelernährung sterben,** hauptsächlich Kinder. Diese Wahrheit in Erinnerung zu rufen, zielt keineswegs darauf ab, die Tragödie in Asien zu verharmlosen. Angesichts der diffusen Dramen, die sich weltweit infolge der anhaltenden Agonie unseres Planeten immer wieder abspielen und die nur schwer in mediale ‚Bilder-Scoops’ umgewandelt werden können, ist es unmöglich, sich täglich den gleichen intensiven emotionalen Schocks auszusetzen. Vielleicht wären diese Hungernden ja im eigenen Interesse damit einverstanden, noch eine zusätzliche Anstrengung zu machen und wären bereit, alle am gleichen Tag zu verschwinden? Insgesamt wären das 9 Millionen und somit hätten wir es mit einem Rekord aller Kategorien zu tun. So würden sicherlich die nötigen 40 Milliarden $ zusammenkommen, die entsprechend dem Programm der Vereinten Nationen für Entwicklung (UNPD) jedes Jahr nötig wären, um den weltweiten Zugang zur Grunderziehung, zu Trinkwasser und sanitären Infrastrukturen und für Frauen den Zugang zur Gynäkologie und Geburtshilfe. zu ermöglichen

Erkennen wir des Weiteren an, dass **die von den Regierungen und den internationalen Instanzen genannte Hilfe lächerlich (wenig) ist**. (...) Zum Vergleich: Mr. Bush hat gerade den Kongress der Vereinigten Staaten um eine Haushaltsspritze von 80 Milliarden $ gebeten, um den Krieg im Irak zu finanzieren, der pro Tag 150 Millionen Euro kostet. Um noch einen Vergleich zu ziehen: die 400 größten Steuerzahler der Vereinigten Staaten hatten schon im Jahr 2000 ein Bruttoeinkommen vor den Steuern, von 70 Milliarden $, von denen 50 Milliarden $ aus Kapitalerträgen herrührten: Dividenden, Zinszahlungen, Wertzuwächse. Diese Zahl spiegelt dennoch nicht das wirkliche Einkommen dieser Personen wider: weder ihr Bruttoeinkommen, noch ihr zu versteuerndes Einkommen. Ihr Bruttoeinkommen ist niedriger als in Wirklichkeit, weil es nicht die Milliarden von Dollars berücksichtigt, die in Steueroasen verschwunden sind. Ihr zu versteuerndes Einkommen ist auch niedriger, als es eigentlich sein sollte, da viele Einkünfte steuerlich begünstigt werden: Zinsen auf staatliche Obligationen, Lebensversicherungsprämien, Beiträge zu Rentenfonds. Aber es kommt noch ärger. Diese sehr reichen Steuerzahler scheinen nie genug zu kriegen. Obwohl ihr Steuersatz sich 1995 auf nur 29,23% belief, waren sie, mit Hilfe der ihnen wohl gesonnenen Regierung, in der Lage, ihn im Jahr 2000 auf 22,29% sinken zu lassen.

Frankreich ist mit 40 Millionen gezahlten Euro der größte Spender. Wir können uns nur freuen, dass unser Land damit soviel ausgegeben hat, wie die Amtseinführung von Herrn Sarkozy als Präsident der UMP verschlungen hat. Ohne den Fußballfans wehtun zu wollen, sei hier angemerkt, dass der Ankauf der Exklusivrechte für die Ausstrahlung des französischen Fußballs durch „Canal +“ diesen Sender 600 Millionen € gekostet hat.

Darüber hinaus ist die politische Instrumentalisierung der Tragödie von nun an eine Tatsache.

Der Wettbewerb, das Grundprinzip der neoliberalen Ideologie, betrifft nun sogar die humanitäre Hilfe. Wir nehmen an einer Art Versteigerung statt, bei der jedes Land, selbstverständlich innerhalb vernünftiger Grenzen, den Eindruck vermitteln will, nicht zu wenig zu geben und jeden Tag ein neues Angebot macht. Sicherlich werden diese Hilfen, von denen wir nicht bezweifeln, dass sie von Herzen kommen, noch anschwellen, und das ist gut so. Aber ohne die Mobilisierung der Völker, bleiben sie sehr weit hinter den Bedürfnissen zurück.

Die Initiative von Herrn Bush, eine „internationale Koalition der humanitären Hilfe“ mit Indien, Japan und Australien

einzugehen, die aber mit lächerlichen Summen und Mitteln ausgestattet ist, hat nur zum Zweck, die UNO, d.h. der einzige Garant des Völkerrechts, zu umgehen und zu erniedrigen. Zu keinem Zeitpunkt war die effiziente Koordination der internationalen Hilfe das Hauptanliegen der Globalisierungseliten.

Und Europa? Wo bleibt Europa? Ein obskurer Beamter hat zunächst einmal eine Hilfszusage von 3 Millionen € macht. Nachdem sich herauskristallisiert hatte, dass die Summe bedeutend zu klein war – immerhin zeigt diese Bewusstseinsbildung, dass man nicht ganz an Europa verzweifeln sollte -, wurden 30 Millionen € zusätzlich veranschlagt. Nichts hat einen höheren Symbolwert, als diese wirklich unglaubliche Haltung der Europäischen Union. Es ist wahr, dass ein Artikel des Verfassungsvertrags festlegt, dass „der Haushalt der Union, ohne Ansehen der anderen Einkünfte, ausschließlich aus seinen eigenen Einnahmen gespeist wird". Dies bedeutet, dass die Europäische Union, im Unterschied zu natürlichen Personen, Unternehmen und den Einzelstaaten, keinen Kredit aufnehmen darf. Es sind jedoch Kredite, die Investitionen in großen Infrastrukturprojekte ermöglichen, sei dies in Europa oder im Interesse der internationalen Solidarität. Diese politische Kastration Europas, die uns heute beispielhaft vorgeführt wird, kann uns nur um so mehr in unserer Entschiedenheit bestärken, für der Erfolg des ‚Nein' beim Referendum zum Verfassungsvertrag zu sorgen.

Und der Markt? Wo ist der Markt? Denn in seinem Namen wird Europa das Verbot auferlegt, Anleihen zu machen, um in die öffentlichen Einrichtungen zu investieren. Man erklärt uns tatsächlich ad nauseam, dass das freie Spiel der Märkte, ohne Beschränkungen, und dies insbesondere im Bereich der Finanzen, eine „optimale Zuweisung der Ressourcen" erlauben würde. Wenn dies stimmte, hätten wir in Asien, sofort und spontan, einen massiven Kapitalzufluss erlebt – eine Art finanzieller Tsunami – um dem Wiederaufbau in der Region zu helfen. Aber leider, leider ist das nicht so! Die Toten, die Verwundeten und die Obdachlosen sind insolvent, und kein Kapital kann unter diesen Bedingungen Gewinne abwerfen. In entscheidenden Momenten, solchen, die die Weltgemeinschaft prägen, versagt der Markt immer. Was zählt ist eben der politische Wille und der ist ohne die Mobilisierung der Völker nicht zu haben.

Zumal die Geschäfte während des Dramas weitergehen. Keinerlei Moral, keinerlei Rücksichtnahme, keinerlei Anstand scheinen angesagt, it's business as usual. Sicherlich haben die Tsunamis Zigtausende gemordet, ganze Länder verwüstet, aber die Börsen in Indonesien und in Indien sind auf Rekordhöhe, getragen von einem wirtschaftlichen Klima, das günstig eingeschätzt wird**.** Eddie Wong zufolge, Chefanalyst für Asien bei der Bank ABM Amro: „Die von den guten Hotels erlittenen Schäden scheinen nicht gravierend, und es gibt auch Gewinner aus ökonomischer Hinsicht, zum Beispiel die Zementproduzenten." Man könnte hinzufügen, auch die von Särgen! Daher hier eine Idee zu einer Sofortaktion: schließt sofort Eure Bankkonten bei der ABM Amro, wenn ihr eins habt, und verlagert sie zur Post, sofern diese noch existiert!

Vor diesem neuen Versagen der internationalen Globalisierungseliten, könnte sich die Bürgerinnen und Bürger und die Völker für fünf Ziele mobilisieren:

- eine globale Sondersteuer als Einleitung für eine wirkliche globale Steuergesetzgebung;
- die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe;
- die Streichung der öffentlichen Schulden der armen, von der Katastrophe betroffenen Länder;
- die internationale Koordination der öffentlichen Dienstleistungsunternehmen, um die zerstörten Länder wiederaufzubauen;
- die Einrichtung von Katastrophenvorwarnsystemen in dieser Region.

Eine globale Sondersteuer!
Es ist schon lange an der Zeit, sich eine internationale Steuergesetzgebung vorzustellen, um den wachsenden Abstand zwischen Nord und Süd zu reduzieren. Die Forderung nach einer globalen Steuergesetzgebung, auf der Weltebene, wird immer dringlicher insbesondere, um auf solche Katastrophen wie die in Asien zu antworten. Die technischen Möglichkeiten sind vielfältig:

Steuer auf Finanztransaktionen, deren Modell die Tobinsteuer ist, die auf die Devisentransaktionen erhoben werden soll (aber auf die Gesamtheit der finanziellen Transaktionen ausgedehnt werden kann). Die augenblickliche amerikanische Regierung erschwert Fortschritte in diesem Bereich. Von der EU sollte eine entsprechende Initiative ausgehen. Sie hätte tatsächlich die wirtschaftliche und finanzielle Macht, solche Steuern einseitig einzuführen. Bei einem Satz von 0,1%, erbrächte eine solche Steuer 110 Milliarden Dollars.

Einheitliche Steuer auf Gewinne: In welchem Land und welcher Weltregion auch immer sich eine transnationale Firma niederließe, würde sie einem selben Steuersatz auf ihre Gewinne unterworfen. Dies würde die Möglichkeit zu Steuerflucht und-Betrug sehr stark einschränken.

Steuer auf internationale Direktinvestititionen (IDI), die der Steuerflucht dadurch entgegenwirken würde, dass sie die Auswahl der Länder mit niedrigem Steuersatz und geringen Arbeitnehmerrechten erheblich einschränkt. Ein Steuersatz von 15% auf zu versteuernde Einnahmen von 800 Milliarden $ brächte 120 Milliarden $ ein.

Vermögensteuer. Man kann die Aktien besteuern, wie im französischen Modell, oder ihre Erträge wie im amerikanischen Modell (die 1% reichsten Leute haben so viel wie die 57% der Ärmsten) Ein Pauschalsatz von 1% auf 5.000 Milliarden $ erbrächte 50 Milliarden $.

Steuer auf die Emission von Kohlendioxid, was die Produzenten sehr dazu anhalten dürfte, ihre Abgase zu reduzieren. Eine Abgabe von 21 **$** pro Tonne Kohlenstoffgehalt brächte 125 Milliarden $.

Es ist offensichtlich, dass die Einführung solcher Steuern Jahre dauern wird. Um nicht länger warten zu müssen und um der Notlage zu begegnen, könnte eine **Sonderabgabe** durch die internationale Gemeinschaft beschlossen werden, oder wenn dies nicht möglich ist, durch die Europäische Union. Sie könnte, um ein konkretes Beispiel zu geben, **0,05% des Kapitals aller internationalen Börsen betragen** (Zahl der an der Börse auf der ganzen Welt gehandelten Aktion multipliziert mit dem durchschnittlichen Wert dieser Aktien), die sich, Ende 2002, auf 20.000 Milliarden € belief. **Eine einmalige Abschöpfung brächte 10 Mrd. €.** Niemand würde deshalb auf den Gedanken kommen, dass man so die Aktionäre in die Knie zwingen oder eine Panik auf den Finanzmärkten auslösen würde. Nehmen wir das Beispiel eines Aktionärs von Renault. Am 31. Dezember 2004 war die Aktie 61,55 € wert. Nach der Erhebung von 0,05%, würde dieser Aktionär 3 Cents zahlen müssen! So würden die Finanzmärkte, wenigstens da etwas bestraft, wo sie besonders gesündigt haben. Sie waren im Grunde verantwortlich für die Finanzkrise, die im Juli 1997 über Asien hereinbrach. In nur wenigen Monaten vervierfachte sich die Arbeitslosigkeit in Korea, verdreifachte sich in Thailand und verzehnfachte sich in

Indonesien. Im Ganzen wurden 12 Millionen zusätzliche Arbeitslose in der Region gezählt. Der Grund dieser Krise? Einer überstürzte Liberalisierung der Finanzmärkte in diesen Ländern, einem Impuls des Internationalen Währungsfonds (IWF) folgend, die eine Masse spekulativen Kapitals angezogen hatte. Wie üblich, glaubten der IWF und das amerikanische Finanzministerium, dass diese Liberalisierung diesen Ländern helfen würde, sich schneller zu entwickeln. Aber diese asiatischen Länder hatten keinerlei Bedarf an zusätzlichem Kapital dieser Art, da ihre Sparquoten sehr hoch waren. Es wäre also nur gerecht, die zahlen zu lassen, die bis jetzt ganz straffrei, diese Region haben verarmen lassen.

Die Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe: Der OECD zufolge belief sie sich im Jahre 2003 für die Vereinigten Staaten, auf 0,1% des Bruttosozialprodukts, d.h. 16 Milliarden $; für Japan auf 0.2%; für Frankreich auf 0,4%, im Vergleich zu den 0,7%, zu denen sich diese Länder in der Millenniums-erklärung verpflichtet hatten. Es ist dringlich, die festgesetzten Ziele zu erreichen, die es ermöglichen würden, 49 Milliarden Dollar aufzubringen.

Die Streichung der öffentlichen Schulden der von der Katastrophe betroffenen armen Länder: Kanada hat ein unilaterales Moratorium der öffentlichen Schulden einiger Länder beschlossen: Deutschland seinerseits hat ein Schulden-moratorium für Indonesien und Somalia seitens des Pariser Clubs (Gruppe der Gläubigerländer) vorgeschlagen. Augen-blicklich belaufen sich die indonesischen Schulden, um nur einige Beispiele zu nennen, auf 131 Milliarden $, 58 Milliarden für Thailand und 11 Milliarden $ für Bangladesch. Die Perspektive sollte klar sein: die öffentlichen Schulden der ärmsten Länder dieser Region ganz aufzuheben, selbst wenn, in einem ersten Schritt, Moratorien und teilweiser Erlass immer angesagt sind. Wir sollten alle unsere Augen auf den Paris Club richten, der sich am 12. Januar treffen wird.

Internationale Koordinierung öffentlicher Dienstleistungen, um die zerstörten Länder wiederaufzubauen: Der Geist einer auf das öffentliche Wohl orientierten Leistung kann Berge versetzen. Wenn in jedem Land, die Post, die Elektrizitäts- und Gasunternehmen, die Bahnunternehmen, die Telekommunika-tion, die Wasserversorgung, das Bildungswesen, der Gesund-heitssektor sich auf internationaler Ebene zusammentäten (die Gewerkschaftsorganisationen können hierzu viel beitragen), wäre die Nothilfe und der Wiederaufbau dieser Länder gesichert. Ressourcen und Experten würden vor Ort mobilisiert. Die alten Dienstleistungsbetriebe, die privatisiert worden sind, sähen ihre Mittel von der öffentlichen Hand requiriert. Schließlich tun die Regierungen das auch, wenn es Krieg gibt.

Einrichtung von Katastrophenvorwarnsystemen in der Region: Es wird gesagt, dass die Militärbasis der Vereinigten Staaten in Diego Garcia, obwohl sie im Süden Sri Lankas liegt, nicht vom Tsunami betroffen worden sei. Sie sei von der National Oceanic & Atmospheric Administration gewarnt worden. Diese, wie die Militärs, habe nicht daran gedacht, die betroffenen asiatischen Regierungen zu warnen. Dies wäre der Beweis, dass ein System der Beobachtung und der Warnung ermöglicht hätte, das Drama zu verhindern.

Für den 6. Januar hat die UN ein internationales Treffen der Geberländer einberufen. Die Welt erwartet, dass gewichtige Entscheidungen getroffen werden, die dem Ernst der Lage entsprechen. Die 110 Regierungschef, die kürzlich die Idee globaler Steuern unterstützt haben, haben die Möglichkeit, über bloße Willenserklärungen hinaus jetzt Taten folgen zu lassen. Die Staatschefs der 25 Länder der Europäischen Union sollten sich darauf verständigen, um endlich die europäische Hilfe wirksam zu organisieren.

Wird die Heuchelei der guten Absichten ein Ende haben? Werden stattdessen wirkliche Maßnahmen getroffen, die geeignet sind, die wirklichen Probleme anzugehen?

http://france.attac.org/a3737
Übersetzung: Carla Krüger, Hartmut Bruehl, SiG-Redaktion

NOTFALL: Bitte Spenden Sie für den Via Campesina Tsunami Hilfs- und Aufbaufond

Bitte unterstützen Sie die Fischerei- und Bauerndörfer bei der Selbsthilfe und dem Wiederaufbau nach der Tsunamikatastrophe

Via Campesina (http://www.viacampesina.org) - der Weltweite Verband von Organisationen für Bauern, Kleinbauern, Landar-beiter, Eingeborenen und grundbesitzlosen Völkern und andere ländliche Organisationen – ruft auf zur Solidarität für die Millionen von Personen, die von der Tsunamikatastrophe betroffen sind.

Wir bitten um Spenden für die direkte Nothilfe der Fischerei-und Bauernfamilien, um die Grundbedürfnisse an Nahrungs-mitteln, sauberem Trinkwasser, Notunterkünfte und Krankenpflege zu decken, aber auch damit wir die langjährige Arbeit des Wiederaufbaus der Dörfer und der Sicherung des Lebensunterhaltes beginnen können.

Die **Hilfs-Philosophie von Via Campesina** ist, dass unsere Gemeinden aktiv am Wiederaufbau teilnehmen und dabei die Hauptrolle spielen sollen. Unsere Fischerei- und Bauernorgani-sationen sollen eine Hauptfunktion in der Mobilisierung und Unterstützung haben. Via Campesina möchte ihren Gemeinden und Organisationen die für diesen Prozess nötige Unterstützung geben, und möchte bei der Beschaffung der für den Wiederaufbau benötigten Gelder helfen. **Die in dieser Spendenaktion gesammel-ten Mittel werden dazu benutzt, die örtlichen Gemeinden in ihrer Rolle als Hauptperson dieses Prozesses zu stärken.**

Der Erfolg von örtlichen, selbst-organisierten, bürgerlichen Bemühungen der Katastrophenhilfe in früheren Katastrophen in Latein-Amerika, Asien und Afrika war bisher oft eine Schlüssel-stufe in der Bevollmächtigung und dem Wachstum von großen, beliebten, bürgerlichen Basisorganisationen. Durch diese Organisationen, deren Erfolg ganz im Gegensatz zur Unwirtschaft-lichkeit der Regierung und deren Demobilisierungsprogrammen von oben nach unten steht, erhielten Völker, die vorher an den Rand verdrängt waren, wieder die Kontrolle über ihr Leben. Lasst uns jetzt zusammenarbeiten, und lasst uns dies in einer Weise tun, die zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit verhilft, die Basisorganisa-tionen aufbaut und zukünftig den Völkern Macht gibt.

(...)

Beispiele von bereits laufenden Aktionen:

In **Indonesien** hat der Nationale Verband von Indonesischen Bauernorganisationen (*National Federation of Indonesian Peasant Organizations* - FSPI), ein Mitglied von Via Campesina, zusammen mit einer Vielzahl von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) ein bürgerliches Hilfsteam erstellt, welches nun in Aceh (hier werden etwa 25.000 Tote geschätzt und wesentlich mehr Vermisste und/oder Obdachlose) und in Provinzen Nord Sumatras (5.000 Tote) vor Ort arbeitet, um Hilfslieferungen zu verteilen und um Such- und Rettungsaktionen für vermisste Personen durchzuführen. Die Situation ist dramatisch und momentan (30. Dez.) besteht noch keine Kommunikationsmöglichkeit mit vielen Gegenden.

In **Sri Lanka** schickte die Nationale Organisation von Fischern (*National Organization of Fisherfolk* - NAFSO) 5 Teams in

betroffene Gegenden, um Hilfe zu leisten und um den Gemeinden beim Beginn des Wiederaufbaus zu helfen. Sie haben Untersuchungskommissionen organisiert und bestimmen nun, wie am besten mit den dringenden Hilfsbedürfnissen umzugehen ist, während die Gemeinden die mittelfristige Arbeit des Wiederaufbaus planen und ausführen.

Um jetzt mit Ihrer Kreditkarte zu spenden, klicken Sie hier https://secure.groundspring.org/dn/index.php?aid=4589
(unsere sichere, verschlüsselte Online-Spendenseite)
In Europa können Spenden auf folgendes Konto überwiesen werden:

Konto Nummer: 3035 0022 4202 2005 5606
Empfänger: Via Campesina-Honduras
IBAN Code: ES23 3035 0022 4202 2005 5606
BIC/SWIFT Code: CLPEES2M
Bank: Caja Laboral
Bank Adresse: Calle 8 de Enero, Guernika, Pais Basco
Tel: +34 94 625 0098 Fax: +34 94 625 6662

Bitte schicken Sie eine Email, um uns auf die Spende hinzuweisen, an: nico.verhagen@t-online.de

Jubilee South Auf dem Hintergrund der Schulden und der Zerstörung: Dauerhafte Entlastung für die Menschen im Süden!

28. Dezember 2004
Wir möchten unser tiefstes Mitgefühl und unsere Solidarität mit den Völkern von Sri Lanka, Indien, Indonesien, Thailand und vieler anderen Länder des Südens ausdrücken (...)
Die Philippinen wurden in den letzten Wochen ebenfalls schwer durch Taifune ungewöhnlichen Ausmaßes getroffen, mit mehr als 1000 Toten und der Zerstörung von mehr als 10,000 Hektar landwirtschaftlicher Flächen. 53.000 Familien sind seit dem obdachlos, ohne Zugang zu sauberem Wasser.
Deshalb muss den Menschen des Südens in der Stunde ihrer größten Not mehr als je zuvor Aufmerksamkeit geschenkt werden, insbesondere ihrer seit vielen Jahren gestellten Forderung nach Schuldenerlass.
Angesichts der massiven Zerstörung, sollten nördliche und internationale Gläubiger die Menschen im Süden nicht weiter in den Fesseln der Verschuldung halten, die zum größten Teil nur zu ihrer Verarmung und Ausbeutung beiträgt.
Sollte die geradezu strömende Anteilnahme von Regierungen des Nordens für die Völker des Südens irgendein Maß an Aufrichtigkeit enthalten, sollte sich dies in konkretem Handeln zeigen.
Was wir zusätzlich zu Operationen der Nothilfe und des Wiederaufbaus umgehend brauchen: BEDINGUNGSLOSEN UND SOFORTIGEN SCHULDENERLASS!
Die Regierungen des Südens sollten nicht weiterhin Schuldendienste leisten und damit Mittel verschwenden, die dringend für öffentliche Ausgaben gebraucht werden.

STOPPT DIE UNGERECHTFERTIGTEN UND ILLEGITIMEN SCHULDENZAHLUNGEN:
Vorrang für Unterstützung und Wiederaufbau, für grundlegende soziale Versorgung, für freien Zugang zu gesundem Wasser und anderen menschlich notwendigen Entwicklungsprogrammen!
http://www.jubileesouth.org/news/EEpukkAkApgFIndYNK.shtml

Attac Deutschland fordert Schuldenstreichung für betroffene Länder

Frankfurt/M. 04.01.2005
Das globalisierungkritische Netzwerk Attac hat als Reaktion auf die Flutkatastrophe in Asien **bedingungslose und umfassende Schuldenstreichung für die betroffenen Länder gefordert**.
Eine Stundung der Schulden, wie von Bundeskanzler Schröder vorgeschlagen, reiche keineswegs aus. "Wenn die angekündigte Hilfsbereitschaft ernst gemeint ist, müssen die Schulden komplett gestrichen werden", sagte Werner Rätz von Attac Deutschland. "Es kann nicht sein, dass die Menschen weltweit Millionen zur Unterstützung der Opfer spenden, während gleichzeitig Regierungen und Banken der Industrieländer Milliarden aus den betroffenen Ländern herauspressen".

Um die Forderung nach einer Schuldenstreichung international koordiniert voranzubringen, **unterstützt Attac Deutschland den Aufruf des internationalen Netzwerks Jubilee South**. Dieses fordert die Gläubiger anlässlich ihrer übermorgen stattfindenden Geberkonferenz zu umfassenden Schuldenerlassen auf. Die Schuldnerländer sollen die Bedienung jeglicher Schulden erst nachrangig nach Maßnahmen des Wiederaufbaus und der sozialen Belange der Bevölkerungen behandeln und illegitime Schulden gar nicht mehr bezahlen.
Attac warnt aber davor, die jetzt begonnene Diskussion um die Verschuldung zu verkürzen. "Die Überschuldung der Entwicklungsländer ist keineswegs nur ein Problem von Ländern, die von Naturkatastrophen betroffen sind. **Die Schulden sind ein Strukturmerkmal eines ungerechten Weltwirtschaftssystems und kosten, ob mit oder ohne Tsunami, täglich Tausende Menschenleben"**, sagte Philipp Hersel von Attac. Ohne eine grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse zwischen Gläubigern und Schuldnern, wie z.B. in Form von neutralen Schiedsverfahren, könne es keine nachhaltige Lösung der Schuldenkrise des Südens geben.

"Wenn die Gläubiger und insbesondere die Bundesregierung wirklich etwas tun wollen, dann sollen sie endlich aufhören, die Entwicklungsländer durch Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds zwangsverwalten und zugrunde richten zu lassen", sagte Hersel. So hatte z.B. die Politik des IWFs während der Finanzkrise Südostasiens 1997/98 dazu geführt, dass in Indonesien über 20 Mio. Menschen ihre Arbeit und Existenz verloren und viele verhungerten.

http://www.attac.de/presse/presse_ausgabe.php?id=398
S. ebenfalls **die Erklärung von attac Österreich** Attac fordert Schuldenstreichung für betroffene Länder - Küblböck: "Gleichzeitig spenden und kassieren ist keine gute Politik" http://www.attac.at/1111.html:

Weitere Internetadressen:

- Beiträge mit denen **LabourNet Germany** "Hinter die Kulissen" der diversen asiatischen (und afrikanischen)Länder schauen will - warum die Indigenen Südindiens keine finanzielle Hilfe bekommen, wie es mit den politischen und sozialen Auseinandersetzungen in Indonesien aussieht usw: inklusive Appelle von Regierungen jetzt nur ja nicht zu streiken wg Wiederaufbau: http://www.labournet.de/internationales
- Zum **Einsatz der Bundesrepublik** in der Region: http://www.german-foreign-policy.com//de/news//article/1105661932.php
- **Viele wichtige Infos**: http://www.learn-line.nrw.de/angebote/agenda21/lexikon/tsunami.htm

Norman Paech

Eine Europäische Verfassung – für wen?

Auf dem Ratschlag von ATTAC Deutschland Ende Oktober 2004 hielt Norman Paech eine Einführungsrede, deren Inhalt dem hier veröffentlichen Aufsatz entspricht.

1. Verfassungsfragen sind Machtfragen: der demographische Faktor

Worum geht es? Seit Mitte der neunziger Jahre steht die Reform der institutionellen Architektur auf der Agenda der EU. Vor allem die Größe der Europäischen Kommission, die Gewichtung der Stimmen im Europäischen Rat und die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen bedurften einer Neuregelung. Hinzu kam mit der Erweiterung die Neuverteilung der Sitze im größer werdenden Europäischen Parlament. Während 1997 in Amsterdam noch keine Übereinkunft erzielt werden konnte, brachte der Gipfel von Nizza im Dezember 2000 eine Einigung über die Neuverteilung der Sitze im Parlament. Danach verringert sich die Abgeordnetenzahl aller Mitgliedstaaten der alten Union. Ausgenommen ist Deutschland, welches seine 99 Sitze behält. Damit wurde zum ersten Mal der demographische Faktor berücksichtigt, der auch eine Änderung der Abstimmungen im Rat zur Folge hat. Ein Ratsbeschluss kann nunmehr angefochten werden, wenn er nicht mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentiert. Allerdings musste sich Deutschland bei der Gewichtung der Stimmen im Rat mit den gleichen 29 Stimmen zufrieden geben wie Frankreich, Großbritannien und Italien. Spanien und Polen, obwohl nicht einmal gemeinsam so viele Einwohner aufweisend wie Deutschland, erhielten jeweils 27 Stimmen.

Der Konventsentwurf wollte diese Gewichtung nun ebenfalls an der Bevölkerungszahl ausrichten. Das hätte eine erhebliche Einflussverlagerung zugunsten der vier bevölkerungsstärksten Länder zur Folge. Der auf der Regierungskonferenz vom 17./18. Juni 2004 gefundene Kompromiss verstärkt zwar das Ungleichgewicht hat aber die Zustimmungsquoten auf 55 % der nunmehr 25 Mitgliedstaaten und 65 % der Bevölkerung angehoben. Nun steigert Deutschland den prozentualen Anteil seiner Stimmen auf 18,2 %, der Anteil Frankreichs steigt auf 13,2 %, der Großbritanniens auf 13,0 % und der Italiens auf 12,6 %. Mit insgesamt 57 % hätten die vier Länder fast schon die in der Verfassung vorgesehenen 65 % der Gesamtbevölkerungszahl für eine qualitative Mehrheit erreicht. Da sie zusätzlich die Mehrheit von 13 Mitgliedsstaaten mit nur je einer Stimme benötigen, könnten sie den kleinen Staaten Bündnisse anbieten. Die mittelgroßen Staaten wie Polen (8,4 %) und Spanien (9%), verlieren deutlich an Einfluss, wie übrigens alle anderen Staaten, deren Anteil bis zu 1,5 % sinkt. Vor diesem Hintergrund ist auch ihr Widerstand gegen die Einführung qualifizierter Mehrheiten bei Entscheidungen in der Außen- oder Rechtspolitik zu verstehen. Wie unsicher allerdings das Bündnis der kleinen und mittelgroßen Staaten ist, zeigt, dass gerade die beiden Koalitionäre gegen die neue Stimmengewichtung Spanien und Polen, scharfe Konkurrenten um die Transferleistungen sein werden.

Der Integrationsprozess, der durch die Verfassung neue Dynamik erhalten soll, entpuppt sich somit als ein Machtkampf über die zukünftige Führung in der EU, der vor allem über die derzeit eher wachsenden ökonomischen und sozialen Gegensätze in der Union entscheiden wird – also alles andere als eine *„neue geistige Grundsteinlegung für die Europäische Union“*, wie es der Präsident des Konvents Giscard d'Estaing in seiner Eröffnungsrede am 28. Februar 2002 formuliert hatte (Giscard d'Estaing 2002: 659). Der Widerstand geht von den ärmeren Staaten aus, die eine starke nationale Position, d. h. ihre Souveränität in die Waagschale der künftigen Verteilungskämpfe werfen, um nicht von dem „alten Europa“ dominiert zu werden. Die engere Koordinierung der Eurozone wie auch die *„strukturierte Zusammenarbeit“* einiger Staaten auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik, die der Verfassungsentwurf ermöglichen will, verweisen zudem auf manifeste hegemoniale Tendenzen auch innerhalb Europas. Schon vor dem Zusammentritt des Konvents wurden derartige Absichten hinter den Formeln vom *„Europa der konzentrischen Kreise*“ oder *„Europa der variablen Geometrie“* bzw. *„Kerneuropa“* und *„Europa der zwei Geschwindigkeiten“* verborgen. Nach dem Scheitern treten sie nun wieder verstärkt in den Vordergrund und werden von den kleinen Staaten vehement abgelehnt, da sie zu einer voraussehbaren Spaltung in Zentrum und Peripherie führen werden.

2. Wozu eine Europäische Verfassung?

Der Europäische Konvent ist eine *„Kopfgeburt von europäischen Regierungschefs und ministerialen Stäben“* (Richter 2002: 11). Nüchtern und institutionell-formal lauten die Aufgaben, die der Europäische Rat im Dezember 2001dem Konvent „zur Zukunft der EU“ gestellt hatte: Eine bessere Verteilung und Abgrenzung der Kompetenzen in der EU sowie die Vereinfachung ihrer Instrumente. Sodann die Steigerung der demokratischen Legitimierung und Transparenz sowie der Effizienz der EU-Organe. Und schließlich die Vereinfachung und Neuordnung der bestehenden EU-Verträge in einem Verfassungstext.[1] Allen Beteiligten war dabei klar, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH) ebenso wie das Bundesverfassungsgericht bereits seit etlichen Jahren die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaften als eine Verfassungsurkunde (*„gewissermaßen die Verfassung“*, BVerfGE 22, 293, 296; *„charte constitutionelle*“, EuGH, Slg. 1986, 1339, 1365, Rn. 23) betrachtet und insbes. der EuGH keinen Mangel verfassungsrechtlicher Vorgaben für seine Rechtsprechung beklagt hat.[2] Insofern ist es nicht überraschend, dass gewichtige Stimmen die Ansicht vertreten, dass Europa im

---

[1] Vgl. Erklärung „Zur Zukunft der EU“, Europäischer Rat (Laeken) v. 14., 15. Dezember 2001. Abgedruckt in: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), Der Weg zum Verfassungskonvent. Berichte und Dokumentationen, Berlin 2002, S. 442 ff.

[2] Vgl. ferner EuGH, Slg. 1991, 6079, 6102, Rn. 21: „...der EWG-Vertrag stellt ... die grundlegende Verfassungsurkunde einer Rechtsgemeinschaft dar“. Brunkhorst 2004: 213.

Grunde gar keine Verfassung brauche (Grimm 2003; Scharpf 2003: 49 ff.).

Was dann in den folgenden anderthalb Jahren beraten wurde, geschah mit geschäftiger Diskretion, durchaus transparent aber weitgehend abseits des Blicks der EU-Bürgerinnen und Bürger. Zwar waren alle möglichen Organisationen aufgefordert, ihre Stellungnahmen abzugeben, es wurde eine Homepage eingerichtet, auf der die Materialien und Dokumente einzusehen waren, ein „Konvent der Jugend Europas" hatte getagt und die prominentesten Philosophen hatten sich zu Wort gemeldet, doch die europäische Öffentlichkeit nahm an dem Verfassungsprozess erst Anteil, als er scheiterte. Ein europäischer „Verfassungspatriotismus", wie ihn in den siebziger Jahren Dolf Sternberger gegen den Nationalismus stellte, und in den achtziger Jahren Jürgen Habermas als Voraussetzung zur Ausbildung rationaler kollektiver Identitäten propagierte, konnte sich nicht einstellen. *„Für Brüssel sterben?"*[3] ist zwar ebenso unsinnig wie *„Für Deutschland sterben"*, macht aber in besonderer Weise deutlich, wie wenig den verschiedenen Völkern, Kulturen und Traditionen eine europäische Identität übergestülpt werden kann. Verfassungen sind an Staaten und diese an ein Staatsvolk gebunden. Ohne diese machen Verfassungen keinen Sinn.[4] Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Maastricht-Urteil vom 12. Oktober 1993 unzweideutig erklärt, dass der Unionsvertrag *„keinen sich auf ein europäisches Staatsvolk stützenden Staat"* begründet: *„Die Europäische Union ist nach ihrem Selbstverständnis als Union der Völker Europas ein auf dynamische Entwicklung angelegter Verbund demokratischer Staaten"* (BVerfGE 89, 155 ff., 184). Verfolgte der Konvent evtl. jetzt das unterschwellige Ziel, mittels einer Verfassung ein europäisches Volk und einen Staat zu kreieren?

3. Keine Abhilfe beim Demokratiedefizit

Die schwache Rechtsstellung und mangelnden Gesetzgebungsbefugnisse des Europäischen Parlaments gegenüber der umfassenden Entscheidungskompetenz der Exekutivorgane (Kommission, Ministerrat, Rat der Regierungs- und Staatschefs) war in den vergangenen Jahr einer der hauptsächlichen Kritikpunkte. Immer wieder hat man dies Umkehrung des klassischen Gewaltenteilungsschemas als Demokratiedefizit der EU beklagt.[5] Die vorgesehene Erweiterung der Rechte des Parlaments ist deshalb zwar erfreulich aber doch nicht so spektakulär wie mitunter gerühmt. Das Mitentscheidungsverfahren mit weitgehender Gleichberechtigung zwischen Parlament und Ministerrat wird zum Regelverfahren erklärt (Art. I-19, 33 (1)), in bestimmten Fällen erhält das Parlament sogar ein Initiativrecht (Art. I-33 (2)). Außerdem soll es den Kommissionspräsidenten aufgrund eines Vorschlags des Europäischen Rats mit einfacher Mehrheit wählen (Art. I-26 (1)). In den so wichtigen Bereichen der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird das Parlament aber nur gehört und „auf dem laufenden gehalten" (Art. III-162), Gesetzgebungs- und Kontrollmöglichkeiten hat es nicht (Art. I-39 (6), I-40 (8)). Selbst der Gerichtshof kann nicht zur Kontrolle angerufen werden. Hier hat man nicht einmal die einfachsten Selbstverständlichkeiten parlamentarischer Demokratien berücksichtigt.

4. Eine neoliberale Wirtschaftsverfassung

Zu diesem gravierenden demokratischen Defizit gesellt sich dann eine Wirtschaftsordnung der Verfassung, die zunächst wie die Fortschreibung der alten Maastrichtverfassung aussieht. Alle Koordinaten einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind fast unverändert aus dem Vertrag in die neue Verfassung übernommen worden: das ausgewogene Wirtschaftswachstum und die „in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt zielt" (Art. I-3 (3)). Im umfangreichen dritten Teil der Verfassung ist die Gewichtung dann deutlicher, wenn die Mitgliedstaaten in Art. III-69 auf den *„Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet"* werden. Während man das *„nichtinflationäre Wachstum"* aus dem Maastrichtvertrag vergeblich sucht, wird die gleiche Zielsetzung in der Verfassung durch die Preisstabilität als vorrangiges Ziel der Europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik in Art. III-77 normiert. Diese ist im Falle des Verstoßes gegen die Pflicht des Art. III-76, *„übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden"*, nun auch mit erheblich strikteren und detaillierten Sanktionsmöglichkeiten bewährt, als bei Sünden in der Beschäftigungspolitik. Art. III-99 verpflichtet die Mitgliedstaaten nur zur Zusammenarbeit, Unterstützung und Ergänzung bei ihrem Ziel der Vollbeschäftigung, Sanktionen sind hier nicht vorgesehen.

Der durchgängig neo-liberale Ansatz dieser Wirtschaftsverfassung wird besonders bei der jetzt ausschließlichen Zuständigkeit der EU in der Handelspolitik deutlich, die den Handel mit Dienstleistungen und geistigem Eigentum der Verantwortung der nationalen Regierungen und Parlamente entzieht. In einer offenbar verzweifelten Koalition haben Sylvia-Yvonne Kaufmann von der PDS und der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Erwin Teufel (CDU) versucht, den Handel mit elementaren Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Sozialdiensten und Medien durch das Einstimmigkeitsprinzip zu schützen, was von der Mehrheit allerdings abgelehnt wurde. Während die unternehmerische Freiheit im Grundgesetz im Rahmen des allgemeinen Rechts auf Handlungsfreiheit des Art. 2 GG garantiert wird, reichte eine derartige Sicherung den Konventsmitgliedern offensichtlich nicht aus, sie widmeten ihr einen eigenen Art. I-16. Auch das Eigentumsrecht erfährt in Art. I-17 einen stärkeren Bestandsschutz als im Grundgesetz. Denn ein Artikel 14 Absatz 2 GG: *„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen,"* fehlt in dem Verfassungsentwurf. Stattdessen heißt es dort in Artikel I-16 Absatz 1: *„Die Nutzung des Eigentums kann gesetzlich geregelt werden, soweit dies für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich ist."* Es ist schon mehr als ein grundsätzlicher Unterschied nämlich eine Umkehrung des Prinzips, wenn nicht der Eigentümer in seiner Nutzung dem Allgemeinwohl verpflichtet wird, sondern der Staat bei seinem Versuch, die Eigentumsnutzung zu regeln.

Eine dem Art. 15 GG entsprechende Sozialisierungsvorschrift fehlt vollständig. Dies ist nicht allein mit der historischen Realitätsferne und Unattraktivität einer solchen Perspektive in der Bundesrepublik und damit in allen kapitalistischen Ländern zu begründen. Die Vorschrift hat u.a. dem Bundesverfassungsgericht bei der Begründung für die Neutralität und Offenheit der Wirtschaftsverfassung in der BRD gedient, die es dem

---

[3] So die Überschrift des Artikels von Jan-Werner Müller in der NZZ v. 5. Dez. 2003.

[4] An der Frage, ob es eine Verfassung ohne Staat geben kann, hat sich vor allem die juristische Diskussion entzündet, vgl. Möllers 2003: 1 ff., 18 ff. und Epping 2003: 824.

[5] Eine der frühesten aber weithin unbeachteten Kritiken aus juristischer Feder stammt von Kutscha 1990: 424 ff. Von soziologischer Seite schon sehr viel früher Hofmann 1968: 1 ff. Die heutige juristische Literatur hat sich mit diesem Defizit weitgehend abgefunden.

Gesetzgeber ermöglicht, *„ordnend und lenkend in das Wirtschaftsleben einzugreifen“* (BVerfGE 4, S. 7 ff. 13). Die SPD hatte dem Grundgesetz seinerzeit auch deshalb zugestimmt, weil ihr Art. 15 die Möglichkeit gab, bei entsprechender Mehrheit im Parlament eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung vorzunehmen. Das ist nun Vergangenheit. Sollten je Vergesellschaftungsabsichten in Deutschland wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, würden sie sofort mit juristischen Homogenitäts- und Unvereinbarkeitsvorbehalten bekämpft werden. Denn soviel ist klar, Europarecht hat auch Vorrang vor nationalem Verfassungsrecht (Bryde 2003:70). Aber auch im Rahmen der alltäglichen Wirtschaftspolitik kann wirtschaftslenkender Einfluss ohne eine verfassungsrechtliche Sozialisierungs-ermächtigung leichter zurückgedrängt werden, um dem freien Spiel der Wirtschaftskräfte im Sinne einer neoliberalen Marktgesellschaft den Weg zu bahnen.

Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio verficht dieses *„Gemeinschaftskonzept der offenen Wirtschaft“*, welches er als *„Logik der wirtschaftlichen Harmonisierung“* preist, vehement für die *„Richtung und Inhalte der europäischen Verfassungsentwicklung“* [6]. Für ihn gruppieren sich *„die Gesetzgebungszuständigkeiten der Gemeinschaft... als Politiken wie die Handelspolitik, die Wirtschafts- und Währungspolitik, die Sozial- und Umweltpolitik rund um die Marktfreiheiten... und (sind) sachlich auf sie bezogen.“* Seine *„Grundfreiheiten“*, die als *„machtvolle Hebel gegen die Beharrungskräfte der Mitgliedstaaten“* eingesetzt werden müssen, sind: *„Freizügigkeit, Warnverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs. Wichtige Bedeutung hat daneben die europäische Wettbewerbsordnung, das Kartell- und Beihilfeverbot“*. Um der Gefahr der *„zentralistischen Wiederkehr politischer Interventionen in die Wirtschaft“* zu begegnen, sei es *„sinnvoll, die Grundfreiheiten deutlicher als bisher um Grundrechte gerichtet gegen die Gemeinschaftsgewalt zu ergänzen. Grundrechte wie die Berufs- und Eigentumsfreiheit, Freiheit der Wohn- und Geschäftsräume...“*. Verbunden mit seinen Warnungen vor *„Rechten auf soziokulturelles Existenzminimum“* und *„Verbürgungen zum Schutz vor den Gefahren der Gentechnik oder der Informationstechnologien“* ist dieses Konzept dann genau das, was di Fabio meint, dass es die Europäische Verfassung nicht sein könne, ein *„bloßes Credo wirtschaftsliberaler Grundüberzeugungen.“*

5. Die Militarisierung der EU

Dennoch bleibt die Wirtschaftsordnung mit Markt, Wettbewerb und Währung weitgehend den alten vertraglichen Grundlagen des gemeinsamen Marktes verbunden. Hier sollte es keine Neuerungen geben. Anders allerdings auf anderen Handlungsfeldern wie der gemeinsamen Außenpolitik, bei der Verteidigung, der Kriminalitätsbekämpfung und der inneren Sicherheit. Die Entwürfe zu diesen Politikbereichen wurden wie eine „Neugründung“ (Giscard d’Estaing) wahrgenommen. Und in der Tat, hier dokumentiert sich der Wandel von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union am ehesten. Welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren, zeigt sich daran, dass bereits im EU-Vertrag die Verpflichtung aller Mitgliedstaaten der Union verankert war, sich in der Außenpolitik *„jeder Handlung (zu) enthalten, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte“* (Art. 11 Abs. 2 EUV). Das hinderte allerdings die Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, Spaniens, Portugals und Dänemarks seinerzeit nicht, in den Auseinandersetzungen um den geplanten Angriff auf den Irak in mehreren großen europäischen Zeitungen den USA ihre Sympathie und Solidarität mit einer militärischen Aggression auszusprechen, ohne überhaupt den griechischen Ratspräsiden-ten vorher zu informieren.[7] Dieser ganz offene Vertragsverstoß zeigte zwar die Grenzen einer gemeinsamen Außenpolitik in konkreten Fragen, ließ jedoch den Konsens in dem allgemeinen Streben nach einer autonomen militärischen Kompetenz der EU unberührt. Denn darauf hatten sich die Bemühungen um eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie zuerst in den Verträgen von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) zum Ausdruck kamen, schließlich konzentriert. Auf dem Europäischen Gipfeltreffen von 1999 wurde beschlossen, die EU mit handlungsfähigen Strukturen und Institutionen wie einem politischen und sicherheitspolitischen Komitee, einem Militärausschuss und einem Militärstab auszurüsten. Der ehemalige NATO-Generalsekretär Yavier Solana wurde zum „Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ ernannt, der dem Europäischen Rat verantwortlich ist.

Von diesem Zeitpunkt an kann man von einer Militarisierung der EU sprechen, die sich nicht nur in Reden sondern auch im Aufbau neuer Strukturen manifestiert und mit der neuen Verfassung eine konstitutionelle Absicherung erhalten sollte. Allerdings kam die Schaffung *„glaubwürdiger, verfügbarer und schlagkräftiger europäischer Streitkräfte ab 2003“* wie sie auf dem Gipfel in Helsinki 1999 gefordert worden war, nur langsam voran. Das lag zum einen an der Einstimmigkeit, an die der Rat im Rahmen der Außen- und Sicherheitspolitik gebunden ist, zum anderen aber auch daran, dass *„in den meisten Mitgliedstaaten... die Militärausgaben weiterhin gekürzt werden“*, wie die Arbeitsgruppe VIII (Verteidigung) des Konvents es in ihrem Abschlussbericht beklagt.[8] Um diesem Trend entgegenzuwirken, wurden nicht nur die „kritischen Lücken“ in der Militärausstattung immer wieder betont, sondern auch die Bedrohung durch den neuen Terrorismus zur ersten und gefährlichsten Herausforderung für Europa in den Vordergrund gerückt.[9]

Vor diesem Hintergrund war es insbesondere die deutsch-französische Achse, die mit den Vorschlägen der beiden Außenminister Fischer und de Villepin vom November 2002 die Konventsberatungen zur Außen- und Sicherheitspolitik bestimmte.[10] In der Arbeitsgruppe VII (Außenpolitisches

[6] So die Überschrift von Kapitel IV seines Aufsatzes über die Europäische Charta, di Fabio 2000: 740. Dort auch alle weiteren Zitate.

[7] Der „Aufruf der Acht“ wurde am 31. Januar 2003 auch in der FAZ veröffentlicht.

[8] Schlussbericht AG VIII, CONV461/02, S. 12. Beklagt wird, dass nur in fünf von fünfzehn Mitgliedstaaten der Anteil der Militärausgaben mehr als 2 % am Bruttoinlandsprodukt beträgt. Der Anteil Deutschlands liegt bei 1,5 %, der der USA bei 3,2 %. Vgl. Wehr 2004.

[9] Vgl. die Entschließung des Europäischen Parlaments über „die neue europäische Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur“ vom 10. April 2003: „Das Europäische Parlament ist der Auffassung, dass Regionen wie der Balkan, der Nahe Osten, Mittelasien und Afrika in den kommenden Jahren nach wie vor mögliche Herde der Instabilität darstellen werden; weist jedoch darauf hin, dass der Terrorismus nach dem 11. September zu einer internationalen sicherheitspolitischen Herausforderung geworden ist, insbesondere wenn nichtstaatliche Akteure bemüht sind, Massenvernichtungswaffen selbst herzustellen oder in ihren Besitz zu bringen.“ Zit. nach Wehr 2004.

[10] „Gemeinsame deutsch-französische Vorschläge für den Europäischen Konvent zum Bereich Europäische Sicherheits- und

Handeln) wurden sie schließlich auf zwei Neuerungen zur Effektivierung der Außenpolitik reduziert: Die Einrichtung eines Amtes des Ministers für auswärtige Angelegenheiten und die Lockerung des Einstimmigkeitsprinzips durch Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit in Einzelfällen, in denen der Rat bereits vorher einstimmig Grundlagenbeschlüsse gefällt hat.[11] Ein Grundanliegen von Fischer und de Villepin war es, die engere Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten in der Außen- und Verteidigungspolitik, d. h. das „Instrument der verstärkten Zusammenarbeit“, welches laut Nizza-Vertrag (Art. 27 b EUV) nicht auf militärische Aufgaben angewandt werden darf, dennoch für die Verteidigungspolitik zu aktivieren. Dazu schuf der Konvent das „Instrument der strukturellen Zusammenarbeit“ für „Mitgliedstaaten, welche die anspruchsvollen Kriterien in bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen festere Verpflichtungen eingegangen sind“ (Art. I-40 Abs. 6 und III-208). Zumindest in der Militärpolitik sollte die Kerneuropaidee und die „Avangarde“-Funktion einiger „fähiger“ Länder verfassungsrechtlich abgesichert werden.

„Die Union hat das Ziel, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen der Völker zu fördern“ heißt es in Art. I-3 Abs. 1 Verfassungsentwurf. Entscheidend für die zukünftige Sicherheitspolitik der EU ist dabei, in welchem Verhältnis die zivile Konfliktschlichtung zum Einsatz militärischer Gewalt bei der Lösung internationaler Konflikte steht. In weiteren Vorschriften wird das Hauptgewicht auf die zivilen Elemente der Sicherheitspolitik gelegt und ausdrücklich die *„strikte Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere der Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen“* (Art. I-3 Abs. 4) versprochen. Die zentrale Vorschrift zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Art. I-40, zeigt eine klare Rangfolge zugunsten ziviler Alternativen auf, wenn sie in Absatz 1 verfügt: *„Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sichert der Union die auf zivile und militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen. Auf diese kann die Union bei Missionen außerhalb der Union zur Friedenssicherung, Konfliktverhütung und Stärkung der internationalen Sicherheit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zurückrufen. Sie erfüllt diese Aufgaben mit Hilfe der Fähigkeiten, die von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden.“*[12]

Doch kommt der wahre Charakter der Intentionen des Konvents erst zum Vorschein, wenn man Art. I-40 – wie in jeder Verfassung - bis zum Ende liest. In Abs. 3 wird nämlich nicht über die Sicherung der zivilen sondern der militärischen Fähigkeiten gehandelt: *„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird eine Europäische Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen, sich an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich Fähigkeiten und Rüstung zu beteiligen sowie den Rat bei der Beurteilung der Verbesserung der militärischen Fähigkeiten zu unterstützen.“* Hier wird der Vorrang ziviler Konfliktschlichtung wieder zurückgenommen. Die Debatte über die Rüstungsagentur nahm sehr viel mehr Platz in der Arbeitsgruppe ein als über eine mögliche Institution ziviler Konfliktschlichtung, die schließlich ebenso vergessen wurde wie die von verschiedenen NGO geforderte Aufnahme einer ausdrücklichen Kriegsächtung und eines Atomwaffenverbots.[13] . Stattdessen wurde die „Europäischen Agentur für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ sogar in Art. III-207 ausdrücklich verfassungsrechtlich verankert. Damit sollte die Vielfalt der Gremien und Organisationen im Rüstungssektor und die Unübersichtlichkeit ihrer Aktivitäten in einer Agentur zusammengefasst werden, die nicht nur die Forschung, Entwicklung und Beschaffung im Militärsektor koordiniert, sondern zugleich „die Erfüllung der von den Mitgliedstaaten in bezug auf diese (militärischen) Fähigkeiten eingegangenen Verpflichtungen zu bewerten“, wie es in Art. III-207 Abs. 1 heißt.

Diese Agentur ist der Garant für einen ständigen Druck auf die Haushalte zur Erhöhung des Rüstungsanteils, die gem. Art. I-40 Abs. als verfassungsrechtliche Pflicht eingefordert werden könnte. Denn hinter der harmlosen Selbstverpflichtung der Mitgliedstaaten, *„ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“*, steht die seit Jahren von den USA geforderte Aufrüstung. Zur notwendigen Steigerung der Verteidigungsausgaben hatte der italienische Verteidigungsminister Martino bereits den Vorschlag gemacht, die Investitionsausgaben für Verteidigung aus den Maastricht-Kriterien für eine Obergrenze der Verschuldung herauszunehmen.[14] Ein ähnlicher Vorschlag für die notleidenden Sozialetats ist nie gemacht worden. Die Erhöhung würde in erster Linie den Rüstungskonzernen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zugute kommen, die gem. Art. 296 EGV überdies nicht den Bestimmungen des Gemeinsamen Marktes unterliegen. Zudem wird die Bedeutung des Militärischen in der europäischen Politik weiter steigen und die Bereitschaft zu weltweiten militärischen Kriseninterventionen erhöhen. Art. III-210 erweitert dazu das Mandat für EU-Kampfeinsätze *„im Rahmen der*

Verteidigungspolitik“ v. 22. November 2002, CONV 422/02, CONTRIB 150.

[11] Art. III-196: „Beschlüsse nach diesem Kapitel werden vom Rat einstimmig gefasst.“ Abs. 2: „Abweichend von Abs. 1 beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit, wenn er auf der Grundlage des Beschlusses des Europäischen Rates über die strategischen Interessen und Ziele der Union im Sinne dieses Titels Beschlüsse über Aktionen oder Standpunkte der Union annimmt.“

[12] In Abs. 3 heißt es: „Die Mitgliedstaaten stellen der Union für die Umsetzung der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zivile und militärische Fähigkeiten als Beitrag zur Verwirklichung der vom Rat festgelegten Ziele zur Verfügung. Die Mitgliedstaaten, die untereinander multinationale Streitkräfte bilden, können diese auch für die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stellen.“ Sollte die Einschätzung von Wolf/Leiße 2003: 328 zutreffen, dass Sylvia Yvonne Kaufmann die einzige in der AG war, die den Aspekt der zivilen Konfliktschlichtung vertreten hat, so hat sie viel bewirkt.

[13] Von der International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) und der Humanistischen Union (HU) wurden folgende Regelungen für die Europäische Verfassung vorgeschlagen: 1. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten verurteilen den Einsatz militärischer Gewalt als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle und verzichten auf ihn als Werkzeug der Politik. Der Einsatz militärischer Gewalt ist nur nach vorheriger Feststellung der völkerrechtlichen Unbedenklichkeit durch den Europäischen (Verfassungs-)Gerichtshof zulässig. 2. Die Gemeinschaft darf Atomwaffen und Massenvernichtungswaffen nicht herstellen, lagern, transportieren, testen oder verwenden. 3. Die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten stellen zivile Kräfte zur Prävention und Schlichtung nationaler und internationaler Konflikte auf.“

[14] FAZ v. 20 Mai 2003, EU-Eingriffstruppe nicht voll einsatzfähig. Bundesverteidigungsminister Struck soll sich diesem Vorschlag gegenüber nicht abgeneigt gezeigt haben.

Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen ... Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet."

Abgesehen davon, dass die zeitlichen und territorialen Grenzen solcher Kampfeinsätze vollkommen offen bleiben, das völkerrechtliche Gebot der Neutralität in innerstaatlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen unterlaufen wird, steht auch die Vereinbarkeit dieses Konzeptes mit den verfassungsrechtlichen Grenzen des grundgesetzlichen Verteidigungskonzeptes in Artikel 87 a, 115 a GG vollkommen über Kreuz (Kutscha 2004). Weitere verfassungsrechtliche Bedenken ergeben sich aus Art. I-40 Abs. 4 und Art. III-198 Abs. 1, die die Entscheidung über die militärischen Einsätze dem Ministerrat ohne Beteiligung des EU-Parlaments übertragen. Das Parlament ist lediglich zu den „wichtigsten Aspekten" anzuhören und über die „grundlegenden Weichenstellungen der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf dem Laufenden" zu halten (Art. I-40 Abs. 8). Die Beseitigung des Parlaments aus dem Entscheidungsprozess verstößt jedoch gegen das „Out-of-area"-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, welches am 12. Juli 1994 verbindlich entschieden hatte, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr eines Beschlusses des Bundestages bedürfen[15] (BVerfGE 90, 286 ff.). Das militärische Einsatzkonzept des Konventsentwurfes widerspricht also in mehrfacher Hinsicht dem Verteidigungskonzept des Grund-gesetzes und seinem verfassungsrechtlichen Parlaments-vorbehalt. Eine Zustimmung zum Verfassungsentwurf käme einer Grundgesetzänderung gleich und dürfte daher nur mit einer Zweidrittel Mehrheit des Bundestages verabschiedet werden.[16]

Für wen ist also dieses Verfassungsprojekt? Die Bürgerrechte wird es kaum stärken und den Sozialrechten keine Unterstützung sein. Auch das europäische Demokratiedefizit wird es nicht beheben und dem Parlament seine normale Rolle im Gewaltenteilungskonzept verschaffen. Doch wird das dem lahmenden Integrationsprozess angesichts der schwierigen Osterweiterung eine neue Dynamik verschaffen, wie es das Ziel des Projektes war? Es bietet allerdings immer noch die Chance, gegen eine Verfassung zu mobilisieren, die die inhaltliche Ausrichtung der EU in eine Richtung treiben will, die nicht im Interesse der europäischen Völker sein kann.

Literatur

Brunkhorst, Hauke (2004): Verfasst ohne Verfassung. Europäische Union zwischen Evolution und revolutionärer Umgründung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 2, S. 211 ff.

Chirac, Jacques (2000): Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 8, S. 1017 ff.

Di Fabio, Udo (2000): Eine europäische Charta. Auf dem Weg zur Unionsverfassung. In: Juristenzeitung Heft 15/16, S. 737 ff.

Epping, Volker (2003): Die Verfassung Europas? In: Juristenzeitung Heft 17, S. 821 ff.

Giscard d'Estaing, Valery (2002): Rede vor dem Deutschen Bundestag. In: Deutscher Bundestag, Der Weg zum EU-Verfassungskonvent. Berichte und Dokumentationen, Berlin, S. 652 ff., 659.

Grimm, Dieter (2003): Die größte Erfindung unserer Zeit – Als weltweit anerkanntes Vorbild braucht Europa keine Verfassung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 16. Juni.

Hofmann, Werner (1968): Die Krise des Staats und das Recht. In: Kritische Justiz Heft 1, S. 1 ff.

Kutscha, Martin (1990): Demokratischer Zentralismus? Vom zweifelhaften Schicksal bundesdeutscher Verfassungsprinzipien bei der EG-Integration. In: Kritische Justiz Heft 4, S. 425 ff.

Kutscha, Martin (2004): „Verteidigung" – rund um die Welt? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 270 ff.

Paech, Norman/Rinken, Alfred/Schefold, Dian/Weßlau, Edda (Hrsg.), „Völkerrecht statt Machtpolitik" Beiträge für Gerhard Stuby, VSA-Verlag Hamburg 2004.

Pflüger, Tobias (2003): Eine Militärverfassung für die Europäische Union

Richter, Emanuel (2002): Altväterliches Gremium mit Hang zum Autoritativen. Der „Europäische Konvent" und die Demokratie. In: Frankfurter Rundschau v. 18. November, S. 11.

Scharpf, Fritz W. (2003): Was man von einer europäischen Verfassung erwarten und nicht erwarten sollte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik Heft 1, S. 49 ff.

Wehr, Andreas (2004): Europa ohne Demokratie? Die Europäische Verfassungsdebatte. Bilanz, Kritik, Alternativen. Köln Papyrossa-Verlag.

Vollständiger Text des Verfassungsentwurfs:
http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf
oder:
http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/themen/Europa/verfassungsentwurf2004.pdf

Newsletter Nr. 7 der EU-AG von Attac-Deutschland „EU-Verfassung Update"

Aus dem Inhalt:

Andreas Wehr: Die Arbeit des Konvents
Andreas Fisahn: Die europäische Verfassung – ein zukunftsoffener und demokratischer Entwurf?
Martin Hantke Teilhaben, nicht essen! Vom Streikrecht und den sozialen Grundrechten im EU-Verfassungsvertrag
Sarah Wagenknecht Verfassungsvertrag als neoliberal und unsozial ablehnen!
Pia Eberhardt: Mehr Demokratieverlust wagen?
Martin Rocholl: Die neue Verfassung der Europäischen Union aus ökologischer Perspektive
Tobias Pflüger: Vertragliche Militarisierung oder Warum der EU-Verfassungsvertrag friedensgefährdend ist
Annette Groth: Die Militarisierung in der EU-Verfassung – ein Tabu?
Debatte in anderen Staaten (Frankreich, Italien, Rumänien, Schweden)
Jürgen Peters: EU-Verfassung

http://www.attac.de/eu-ag/og_ausgabe.php?id=194

[15] BVerfGE 90, 286, Leitsatz 3a: „Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesregierung, für einen Einsatz bewaffneter Streitkräfte die – grundsätzlich vorherige – konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages einzuholen."

[16] Diese Konsequenz ist den deutschen Vertretern im Konvent offensichtlich klar gewesen. Der Abgeordnete Jürgen Meyer (SPD) wird mit den Worten zitiert: „Sollte es allerdings ausnahmsweise zu inhaltlichen Widersprüchen (zwischen GG und EU-Verfassung, N. P.) kommen, gilt der Vorrang des EU-Rechts...Nach meiner Auffassung ergibt sich aus Art. 23 GG, dass Bundestag und Bundesrat der EU-Verfassung mit zweidrittel Mehrheit zustimmen müssen." Pflüger 2003:

Ausschuss Frauen-Gender-Globalisierung von Attac Frankreich

Im Namen der Frauenrechte: Nein, dieses Europa wollen wir nicht!

Die Verfassung war bereits Gegenstand zahlreicher Kritiken, in denen das antidemokratische Verfahren ihrer Ausarbeitung und Ratifizierung verurteilt wurden. Dabei wurde deutlich, dass die Verfassung eine liberale Politik geradezu erzwingt, deren Hauptzielsetzung der Markt ist, der zum höchsten Gut der EU erhoben wird. Damit wird jede nicht-neoliberale Politik von vorneherein für Jahrzehnte unmöglich gemacht. Schwer vorstellbar sind auch wegen des Einstimmigkeitsprinzips Fortschritte im sozialen Bereich.

Dieser neoliberale Rahmen stellt außerdem die öffentlicher Dienste in Frage und wird die Ungleichheiten und somit das Abrutschen in soziale Notlagen, unter denen besonders Frauen zu leiden haben, noch verschärfen. Die Verfassung zementiert die patriarchalische Struktur der Gesellschaft und verhindert somit, dass die Frauen den Platz in der Gesellschaft einnehmen, der ihnen zukommt.

Der vorliegende Text enthält nicht die bereits erwähnten Kritikpunkte (Attac/Copernic), aus denen hervorgeht, weshalb die Verfassung inakzeptabel ist. Ziel ist es, eine Reihe zusätzlicher Kritikpunkte hinzuzufügen, die verdeutlichen, dass die Verfassung den Frauenrechten und der Grundforderung der Gleichheit von Mann und Frau nicht gerecht wird.

1. Fehlende Rechte

Die in der Charta (Teil II der Verfassung) enthaltenen Grundrechte und insbesondere die Frauengrundrechte sind völlig unzureichend.
Nicht hinnehmbar ist das Fehlen folgender Rechte:

Recht auf Schwangerschaftsverhütung, Abtreibung und geschlechtliche Selbstbestimmung.
Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung ist eine individuelle Grundfreiheit. Es schließt das Recht auf die reproduktive Fähigkeit ein, d.h. das Recht auf Schwangerschaftsverhütung und Abtreibung als auch auf die geschlechtliche Selbstbestimmung.
Diese Rechte bleiben in Vertrag unerwähnt.

Recht auf ein gewaltfreies Leben:
Dieses elementare Grundrecht bleibt ebenfalls unerwähnt. Die so lange geheim gehaltenen Gewaltanwendungen gegen Frauen werden allmählich ins Licht der Öffentlichkeit gerückt; sie finden in jedem Land statt, in zwar unterschiedlichem, aber stets beträchtlichem Ausmaße. Jedoch werden diese Gewaltanwendungen weitgehend toleriert. Es ist typisch, dass diese Frage im Vertragsentwurf völlig außer Acht gelassen wird

Recht auf Scheidung
Das Recht zu heiraten und eine Familie zu gründen ist im § II-69 garantiert, das Recht auf Scheidung bleibt jedoch unerwähnt. Meistens werden Scheidungen von Frauen verlangt. Gewalt in der Ehe gibt es in allen Ländern und in allen Gesellschaftsschichten. Sie ist der Grund für viele Scheidungen. Das Recht, eine Ehe zu beenden, muss im Verfassungsvertrag ausdrücklich erwähnt werden.

Recht auf Arbeit
Die Verfassung räumt jedem Einzelnen "das Recht zu arbeiten" und die Freiheit ein, "sich eine Arbeit zu suchen" (§ II-75). Was haben wir für ein Glück! Ganz anders sieht es aber mit dem Recht auf Arbeit aus! Während im ‚Europa der 25' die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt 9% beträgt, (2) wird im Kapitel "Arbeitsmarktpolitik" (§III 203-208) die Reduzierung der Arbeitslosigkeit nicht einmal als Zielvorgabe definiert. Dem Verfassungstext gelingt sogar das Kunststück, das Wort Arbeitslosigkeit nicht einmal zu erwähnen!
Das Ziel der Gleichstellung zwischen Mann und Frau auf dem Arbeitsmarkt wird ebenfalls nicht ausdrücklich erwähnt, wo doch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern gerade hier allgegenwärtig ist, sei es bei der Stellenbesetzung, dem Verlauf der Berufskarriere, der Entlohnung und Rente. Es sei daran erinnert, dass die Arbeitslosigkeit der Frauen in Europa im Durchschnitt 10 % gegenüber 8,3% bei den Männern beträgt, dass der Durchschnittslohn der vollzeitbeschäftigten Frauen nur 75% von dem beträgt, der Männern gezahlt wird und dass die Frauen ethnischer Minderheiten doppelt diskriminiert werden.
Die effektive Umsetzung des Rechts auf Arbeit ist für alle und ganz besonders für die Frauen von großer Bedeutung, weil das Muster der Hausfrau- insbesondere das der Mutter am Herd - kein Auslaufmodell ist und in Zeiten der Arbeitslosigkeit reaktiviert wird. Eine Arbeit zu haben, bedingt die Autonomie der Frauen und trotzdem stoßen sie dabei auf viele Hindernisse.
Wenn diese Hindernisse abgebaut werden sollen, setzt das folgende Punkte als Bestandteile der Arbeitsmarktpolitik voraus: die Versorgung mit Kindergartenplätze und die Pflege von abhängigen Personen – die in den Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Dienstleistungen fallen; das Recht auf Elternurlaub; die Umsetzung der Lohngleichheit; der effektive Kampf gegen Ungleichheit; die Einführung frauen-spezifischer Rechte beim Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen, die an die Stelle der abgeleiteten Rechte treten; sowie eine Steuerveranlagung, die die beschäftigten Frauen nicht benachteiligt.
Aber weder das Recht auf Arbeit noch seine politische Umsetzung werden in der Verfassung erwähnt. Diese Lücke und die Tatsache, dass das Ziel der Reduzierung der Arbeitslosigkeit sowie jegliche qualitative Arbeitsnorm unerwähnt bleiben, sind alles andere als bloße Vergesslichkeit. Sie sind ganz einfach mit der liberalen Doktrin unvereinbar, die ja die Grundlage der Verfassung ist.. Weil das, was für die Frauen auf dem Spiel steht, so wichtig ist, werden im Anhang ein paar Einzelheiten zur liberalen Arbeitsmarktpolitik der Verfassung aufgezählt, sowie die Instrumentalisierung des Gleichheitsprinzips zwischen Mann und Frau.

Recht auf ein Minimaleinkommen
Das Recht auf ein Minimaleinkommen wird nicht anerkannt. Dies bedeutet einen Rückschritt gegenüber der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte von 1948: Im Artikel 23 heißt es: „ Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert und die, wenn nötig, durch andere soziale Schutzmaßnahmen zu ergänzen ist." Das Recht auf ein Einkommen betrifft in Frankreich besonders die Frauen, die kein Arbeitslosengeld sondern Sozialhilfe beziehen. Sie stellen 80% der armen Arbeitnehmer .

2. Meinungsverschiedenheit über den Platz, der den Kirchen eingeräumt wird

Die Kirchen und die religiösen Gemeinschaften werden als gültige Gesprächspartner anerkannt. Die Union pflegt mit ihnen genauso wie mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft "einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog" (Artikel I-52). Diese Anerkennung ist überflüssig – die Meinungsfreiheit, die Gewissens- und Religionsfreiheit sind bereits anderweitig garantiert – und für die Frauenrechte sogar gefährlich: In Europa und überhaupt weltweit stellt die Zunahme fundamentalistischer identitätsstiftender und religiöser Bewegungen, allesamt stark frauenfeindlich, eine wachsende Bedrohung dar für ihre errungenen Rechte wie die auf Empfängnisverhütung, Abtreibung, Scheidung, freie Wahl der sexuellen Orientierung. Die Kirchen im Allgemeinen und stärker noch die fundamentalistischen Bewegungen weisen grundsätzlich Männern und Frauen unterschiedliche soziale Rollen zu, den Frauen sogar einen niedrigeren Status, eine feste Grundlage für Ungleichheiten. Nur eine Neubestätigung der Trennung von Kirche und Staat bei allen Institutionen und Regeln der Union wäre imstande, eine Einhaltung der Rechte der Frauen gegenüber dem Druck der Kirchen zu gewährleisten.

3. Ernsthafte Unzulänglichkeiten

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehört nach wie vor nicht zu den grundlegenden Werten der Union
Im Unterschied zur ursprünglichen Fassung, in der sie nicht mal erwähnt wurde, wurde die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in den mit "Die Werte der Union" betitelten Artikel I-2 eingefügt. Jedoch wurde die Gleichberechtigung in die Reihe der grundlegenden Werte der Union NICHT aufgenommen, wie Freiheit, Demokratie oder Achtung der Menschenwürde, obgleich dies beantragt worden war. Erst im zweiten Satz des Artikels kommt sie zum Vorschein "Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und der Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet" Die in diesem zweiten Satz enthaltenen Werte genießen aber nicht denselben Status wie die ersten und der Unterschied ist deutlich zu spüren.

Umsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und Bekämpfung von Diskriminierungen.
Diskriminierungen insbesondere aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft usw. sind verboten (Artikel II-81). Aber diese Aufstellung ist bei Weitem nicht ausreichend. Die Gleichberechtigung ebenso wie das Diskiminierungsverbot stehen ja schon in der Gesetzgebung der meisten Staaten, sie sind Gegenstand verschiedener Abkommen auf der Ebene der Vereinten Nationen und des ILO: in Wirklichkeit besteht jedoch ein riesiger Abstand zwischen formalem Recht und tatsächlichem Recht! Nun sagt der Verfassungsvertrag aber nichts zu den Mitteln, die sich die Union gibt, um diese Grundsätze effektiv durchzuführen! Es wird vorsichtig angedeutet, dass " […] im Rahmen der durch die Verfassung auf die Union übertragenen Zuständigkeiten […] die für die Bekämpfung von Diskriminierungen […] erforderlichen Maßnahmen durch Europäisches Gesetz oder Rahmengesetz des Rates gelegt werden " (Artikel III-124). Der Kontrast zwischen dem Fehlen von genaueren Bestimmungen zu dieser Frage und der Fülle von Einzelvorschriften, die zum Beispiel den freien Verkehr von Personen und Dienstleistungen garantieren sollen, fällt ins Auge (Artikel III-133 bis III-149): Ein erneuter Beweis, dass freie Markwirtschaft und schrankenlose Konkurrenz die grundlegenden Werte dieses Vertragsentwurfs ausmachen.

Grundsatz der repräsentativen Demokratie
Das in Artikel I-46 definierte Prinzip der repräsentativen Demokratie muss ausdrücklich erwähnen, dass die Demokratie nur dann repräsentativ sein kann, wenn sie eine ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern vorschreibt, d.h die Parität sicherstellt, und zwar auf allen Entscheidungsebenen.

Bürgerschaft
Die den Unionsbürgern anerkannten Sozialrechte sowie die in den Artikeln II-36 bis II-49 definierten Rechte müssen auf alle Bewohner Europas erstreckt werden. Die Rechte ausländischer oder eingewanderter Frauen hängen zu oft von ihrem Ehestatus ab und jene Frauen haben unter den unterdrückerischen Traditionen ihrer Herkunftsländer (Gesetzbücher zum Rechtsstand der Personen) und dem Rassismus zu leiden. Der Erwerb der Bürgerschaftsrechte ist für sie unerlässlich.

Asylrecht
Das in Artikel II-78 definierte Asylrecht muss für Frauen anerkannt werden, die wegen ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität Gewaltanwendungen, Repressionen und Verfolgungen erleiden.

Verbot des Menschenhandels
Im Artikel II-65, der die Sklaverei und die Zwangsarbeit verbietet, müssen Menschenhandel und den Handel mit Personen zu Prostitutionszwecken ausdrücklich verboten werden. Für Verfechter des Liberalismus ist der Ausbau des Prostitutions"marktes" potenziell sehr einträglich und Prostitution soll folglich wohl als eine Dienstleistung wie jede andere angesehen werden.

Schlussbemerkung

Die Geschichte zeigt, dass die Rechte von Frauen, wie andere sozialen Errungenschaften auch, immer nur durch Kämpfe erworben worden sind. Endgültig sichergestellt sind sie nie und werden in Zeiten des sozialen Abbaus wiederholt in Frage gestellt. Gegenwärtig betreibt die aktuelle liberalen Politik einen starken Abbau der sozialen Errungenschaften. Der Inhalt des Verfassungsentwurfs ist nichts anderes als eine Festschreibung dieser Politik und erklärt dadurch laufend, dass das Wettbewerbsrecht die oberste Richtschnur sei.
Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass die sowieso nie als Priorität angesehenen Rechte der Frauen noch weniger gelten als ein ethisches oder einfach eine demokratisches Prinzip.
Die Verfassung ist weit davon entfernt, die Forderung nach der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu erfüllen, und sie stellt die Rechte von Frauen in keiner Weise sicher. Um ein soziales Europa zu ermöglichen, in dem die Grundrechte und die öffentlichen Dienste höheren Wert haben, als die Forderungen des Marktes, sind nicht nur Frauen, sondern alle Demokraten angehalten, diese Verfassung abzulehnen

Vollständiger Text: S. Homepage von Attac Frankreich. http://www.france.attac.org/a3655

Aus dem Französischen von Angelika Gross und Hartmut Brühl, ehrenamtliche Übersetzerin coorditrad@attac.org

Verfassungsentwurf:
http://european-convention.eu.int/docs/Treaty/cv00850.de03.pdf

Erklärung: "Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag!"

Am 29. Oktober 2004 wurde der EU-Verfassungsentwurf durch die Staats - und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU unterzeichnet. Danach wird in den einzelnen Staaten der Ratifikationsprozess beginnen. Die rotgrüne Bundesregierung hat schon erklärt diesen Prozess möglichst kurz zugestalten.
Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner wenden uns gegen die Ratifizierung dieses Verfassungsvertrags.
Wir lehnen diesen EU-Verfassungsvertrag ab,

- weil mit ihm die - auch von ökonomischen Interessen geleitete - **Militarisierung** der Europäischen Union, bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit vorangetrieben wird;
- weil mit ihm der **Neoliberalismus** Verfassungsrang erhält und die EU auf den "Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" verpflichtet wird. Soziale Belange und Beschäftigungspolitik werden der Wettbewerbspolitik untergeordnet. Die Finanzmittel für die Um- und Aufrüstung der EU-Armeen sowie für neue Kriege werden auch durch den Abbau von Sozialsystemen in den EU-Mitgliedstaaten erkauft;
- weil eine **antisoziale Ordnung** in der EU festgeschrieben wird, indem die sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der EU-Grundrechtecharta durch beigefügte Erläuterungen noch weiter ausgehöhlt und ihrer Wirksamkeit beraubt werden;
- weil **imperiale Machtpolitik** nach außen und innen festgeschrieben wird, bei Abstimmungen im Europäischen Rat und im Ministerrat gibt es ein Übergewicht der großen Länder vor allem Deutschlands.

Wir rufen zum Protest und Widerstand gegen diesen EU-Verfassungsentwurf auf.
Um zu verhindern, dass dieser Vertrag in Kraft tritt, unterstützen wir eine große öffentliche Kampagne, die die Bevölkerung über die Inhalte dieses Vertrages aufklärt.

https://www.attac.de/eu-verfassung/ **Jetzt unterschreiben und die Kampagne unterstützen !**
Unterschriften und weiteres Material unter: http://www.imi-online.de/

Attac Frankreich sagt «NEIN» zum EU-Verfassungsvertrag und wird eine Kampagne mit dem Ziel durchführen, ihn scheitern zu lassen.

Erklärung des Verwaltungsrats, 12.12.2004 (Auszüge)

Attac hatte 21 Forderungen zu diesem Vertrag formuliert, damit ein Europa entsteht, das wirklich europäisch, demokratisch, sozial, ökologisch und solidarisch ist. Diese Forderungen wurden quasi nicht berücksichtigt. Angesichts der Bedeutung dieses Vertrags – alle Kampagnen von attac werden durch die Europa-Politik be- und verhindert – hat der Verwaltungsrat beschlossen, alle Mitglieder zu befragen, bevor er eine endgültige Position festlegt.
Dies wurde im Herbst durchgeführt; alle Mitglieder erhielten Unterlagen und konnten schriftlich abstimmen.

Zwei Fragen wurden gestellt, die Ergebnisse wurden auf der Vollversammlung am 11.12.2004 in Saint-Denis ausgewertet.
44% der 29500 Mitglieder nahmen an dieser Befragung teil.

Sind für die Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags?
Ja: 10,8%, **Nein: 84%,** 5,2% Enthaltungen

Möchten Sie, dass attac eine Abstimmungsempfehlung gibt?
Ja: 72% Nein: 19,6% Enthaltungen 8,4 %

Diese Ergebnisse offenbaren eine massive Ablehnung des Vertrags. Es ist jedoch selbstverständlich, dass jeder die Meinung der Mitglieder respektiert, die anders abgestimmt haben. Alle werden gemeinsam gegen die neoliberale Politik in Europa vorgehen, insbesondere gegen die empörende Bolkestein-Richtlinie, die ein soziales Dumping in der organisieren soll.

Attac baut jetzt eine Kampagne für ein echtes europäisches « Nein ». Attac wird dabei seine Identität und seine Besonderheit als eine Volksbildungsbewegung die Aktionen durchführt bewahren und alle Bürger ansprechen. Diese Kampagne wird in Verbindung mit den anderen Prioritäten der Vereinigung durchgeführt: Für globale Steuern, für die Streichung der öffentlichen Schulden der Entwicklungsländer, gegen die Steueroasen, gegen GATS, gegen die GMO für die Ernährungssicherheit und –souveränität usw.

Zwei große internationale Versammlungen sind schon vorgesehen : am **19.März in Brüssel** findet eine Demonstration statt, die im Kern die Forderung nach einem sozialen Europa hat ; für den **30.April in Paris** wird eine Versammlung an der Menschen aus den vier Kontinenten teilnehmen werden, zum doppelten Thema organisiert: welches Europa wollen die Europäer, welches Europa erwartet der Rest der Welt.

http://www.france.attac.org/a3718

Die 21 Forderungen sind in Sand im Getriebe Nr.29 veröffentlicht worden.

Ronald Weber:
Bibel gegen Blut
Lüge vom Postkolonialismus: In Berlin endete die Antikoloniale Afrikakonferenz

»Als die Missionare kamen, hatten sie die Bibel und wir das Land. Als wir die Augen schlossen, um zu beten und sie wieder öffneten, hatten wir die Bibel und sie das Land.« Mit diesem afrikanischen Sprichwort faßte Israel Kaunatjike, in Berlin lebender Herero, die Folgen der Kolonisierung Afrikas zusammen.

Die Aufteilung Afrikas war ein blutiges Unternehmen. Die europäischen Missionsgesellschaften, denen Siedler und Kaufleute folgten, verliehen den imperialistischen Zielen der europäischen Staaten den vordergründig zivilisatorischen Anstrich. Verdeutlicht wurde dies bei der Auftaktveranstaltung zur viertägigen Antikolonialen Afrikakonferenz, die am Sonntag in Berlin endete. Etwa 300 Menschen versammelten sich täglich in den Räumen der Alten Feuerwache gegenüber dem Springerkonzern. Als Anlaß hatte man den **120. Jahrestag der Berliner Afrikakonferenz 1884** gewählt, auf welcher sich über Status quo und Zukunft der Kolonisierung geeinigt und **Afrika, einem Kuchen gleich, aufgeteilt wurde.** Außerdem jährt sich der von deutschen Soldaten begangene Völkermord an den **Herero** zum hundertsten Mal. Dieses Kapitel der Kolonialgeschichte Namibias war ein Schwerpunkt der Konferenz. Zwischen 1904 und 1907 hatten sich die Herero und die im Kaiserreich »Hottentotten« genannten Nama gegen die Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika erhoben. Händler, Siedler und Kolonialverwaltung hatten der Bevölkerung seit Beginn der Kolonialisierung 1884 systematisch die Lebensgrundlage entzogen. Die Antwort der deutschen Regierung auf den bewaffneten Aufstand: **Massenmord**.

»Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück oder lasse auf sie schießen. Das sind meine Worte an das Volk der Herero«, ließ der von der deutschen Regierung entsandte General **von Trotha** verkünden.

Als der Widerstand gebrochen war – von etwa 80 000 Herero überlebten 15 000 –, errichteten die Deutschen erste **Konzentrationslager** und führten ab Oktober 1907 einen Arbeitszwang für alle Afrikaner ein.

Nachdem der Historiker Joachim Zeller bei der Eröffnung einen kurzen geschichtlichen Überblick gegeben hatte, berichtete Israel Kaunatjike von den Bemühungen, die deutsche Bundesregierung sowie die beiden Nachfolgefirmen der Reederei Woermann und der am Eisenbahnbau beteiligten Firma Ohrenstein & Koppel vor einem US-Gericht zu verklagen. Beide Firmen hatten Afrikaner ab 1907 als Zwangsarbeiter beschäftigt. Die Klage ruht zur Zeit. Ein Erfolg ist eher fraglich.

Im Laufe der Podiumsdiskussion zeigte sich allerdings, daß die Forderung nach Entschädigung in Namibia nicht unumstritten ist. Die namibische Regierung, die von der ehemals marxistisch orientierten Befreiungsbewegung SWAPO (South West Africa People’s Organisation) gestellt wird, unterstützt die Forderungen der Herero ohne Überzeugungskraft. Die wirtschaftliche Abhängigkeit erfordert eine Rücksichtnahme auf die BRD-Regierung.

Einhellig wurde auf der Konferenz das gängige Bild des deutschen Kolonialismus als kurze Phase ohne Auswirkungen auf das »Mutterland« kritisiert. Die 1884 gegründete Deutsche Kolonialgesellschaft hatte zeitweise über 40 000 Mitglieder. Auf »Hagenbeckschen Völkerschauen« wurden Indianer und Afrikaner ausgestellt. Massen von Besuchern ergötzten sich an folkloristischen Inszenierungen des »Fremden« und »Unzivilisierten«. Im Verlauf der Konferenz machte eine Bustour die Spuren deutscher Kolonialgeschichte sichtbar. Stationen waren u. a. das ehemalige Afrikahaus am Karlsbad sowie ein Gedenkstein für die »deutschen Schutztruppler« auf dem ehemaligen Garnisonsfriedhof.

Den Organisatoren – die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, die Flüchtlingsgruppen The Voice und Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland – ging es aber nicht nur ums Erinnern. **Sie forderten u. a. eine Entschädigung durch die Bundesregierung für den 1904 an den Herero begangenen Völkermord und freien Aufenthalt in Europa**. Darüber hinaus sollen die über 6 000 Schädel und Knochen, die im Laufe der deutschen Präsenz in Afrika zum Zweck »rassenbiologischer« Forschungen nach Deutschland geschafft wurden, zurückgebracht und würdig beerdigt werden. Diskutiert wurde zudem über das europäische Grenzregime und die rassistischen Auswirkungen der »Hartz IV«-Gesetzgebung. Die Juristin Monika Hermann sprach mit Bezug auf »Hartz IV« davon, daß »Obdachlosigkeit von Migranten bewußt in Kauf genommen wird«.
Auch die **neokoloniale Gegenwart** war also Gegenstand. Die Rohstoffverteilung und die Akteure verschiedener Kriege im heutigen Afrika zeige, so Anne Jung von medico international, daß die ökonomische Dominanz des Westens längst nicht beendet ist. Der Run auf die afrikanischen Ressourcen, besonders Öl und Gas, hält unvermindert an. Eine postkoloniale Phase – so eine Teilnehmerin – existierte niemals. Die Rhetorik mag sich geändert haben, die Abhängigkeit nicht.

Einigkeit bestand auf dem Abschlußplenum, daß nicht nur die Bundesregierung längst wieder auf dem Weg zu einer offen imperialistischen Politik in Afrika ist. Illusionen über die Erfüllung der Forderung nach Entschädigung für das Jahrhundertverbrechen Kolonialismus haben die Organisatoren deshalb keine. Es gelte aber, den Druck zu erhöhen. Die Konferenz, an der sich viele Migranten aus Afrika beteiligten, war ein Schritt in diese Richtung. Am Montag, 12 Uhr, entfalteten Teilnehmer der Konferenz vor dem Reichstag ein Transparent: »Apologies & Reparations for Colonisation«. Auf die Minute genau 120 Jahre zuvor hatte Bismark im Reichskanzlerpalais die Afrikakonferenz eröffnet. Rechtsnachfolger Schröder ließ sich natürlich nicht blicken.
http://www.jungewelt.de/2004/11-17/026.php

Eine Empfehlung der Sig-Redaktion, mdv:**Sven Lindqvist: Durch das Herz der Finsternis, Ein Afrika-Reisender auf den Spuren des europäischen Völkermords, Campus-Verlag**. „Lindqvist spannt den Bogen von der Selbstherrlichkeit europäischer Kolonialherren gegenüber den „niederen“ Rassen in Afrika bis hin zum nationalsozialistischen Völkermord und zum Rassismus heute“

Verwaltungsrat von ATTAC-FRANKREICH

Bilanz und Perspektiven des Europäischen Sozialforums

20. November 2004.

1. Ein vielversprechender Prozess

Die ersten drei Sozialforen (ESF) haben es ermöglicht, den Aufbau der globalisierungskritischen Bewegung in Europa einzuleiten und die neoliberale Globalisierung zu einem politischen Thema zu machen.
Seit dem ersten Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre im Januar 2001 sind die Sozialforen, und insbesondere die ESF, die hauptsächlichsten Ereignisse, welche die inzwischen beinahe unabhängig von ihrem eigentlichen Inhalt „für eine andere Welt" genannte Bewegung für die Öffentlichkeit und die Medien sichtbar machen. Auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre, die sich als unumgängliche Referenz durchgesetzt hat, sind die Foren zu einem ebenfalls fast permanent gewordenen „Ansammlungs-prozess" neuer Kräfte und oft zerstreuter Initiativen geworden. Vorher setzten sich Letztere sozusagen jede für sich ohne es zu wissen für den Aufbau einer anderen Welt ein. Inzwischen verfügen sie über einen breiten Fächer gemeinsamer Bezugspunkte und Zielsetzungen.
Er stellt auch geographisch eine Erweiterung dar, denn durch das Abhalten der drei ersten WSF in Brasilien konnten die starken sozialen Bewegungen Südamerikas, insbesondere die der Bauern und Ureinwohner in die globalisierungskritische Bewegung und damit in eine miteinander geteilte Sichtweise einbezogen werden. Für Indien hat das WSF von Mumbai 2004 die gleiche Rolle erfüllt. Geopolitisch sind die Kräfte für den Aufbau einer andern Welt unterdessen fast genauso verbreitet wie diejenigen der neoliberalen Globalisierung, sind aber noch weit davon entfernt, die letzteren zu überlagern. Die Hoffnung besteht, dass das im Jahr 2007 in Afrika geplante WSF für diesen Kontinent eine vergleichbare Rolle spielen wird wie dasjenige von 2004 für Indien. In diesem Zusammenhang fehlen noch immer: Osteuropa, der Nahe Osten, Ostasien, während China für eine unbestimmte Dauer noch abseits steht.
Um diese Geopolitik der Kräfte für den Aufbau einer anderen Welt zu vervollständigen, wäre es sinnvoll, die Entwicklung Lokaler Sozialforen (LSF) in zahlreichen Ländern als bevorzugtes Mittel für die Verankerung des Prozesses der Foren miteinzubeziehen. Dasselbe gilt für die nationalen Sozialforen (NSF), wie sie in verschiedenen Ländern entstanden sind.
Dieser Prozess ist somit einen Meilenstein bei der Bekämpfung der neoliberalen Globalisierung. Damit er sich aber weiter entwickeln kann, muss er in eine neue Phase treten, da erste Vorboten einer Stockens, von Entgleisungen und Wiederholungen inzwischen offenkundig geworden sind. In diesem Sinn sind Selbstkritik und Kritik unabdingbare Bestandteile der Dynamik der Foren, und wir müssen den Zustand des Prozesses mit klarem Blick im Auge behalten.
Die Attac-Bewegung hat auf internationaler Ebene eine doppelte Verpflichtung, weil sie sich vom ersten Tag an für die Konzeption, dann für den Aufbau der Sozialforen eingesetzt hat: Sie soll zuerst ihren Weitblick schärfen und Unzulänglichkeiten, gar Abdriften unnachsichtig prüfen; sie soll sodann Vorschläge den anderen Bewegungen unterbreiten, damit dieser Prozess wieder „in Schwung kommt" und sich verstärkt. Das WSF hat schon jetzt für 2005 eine Neugestaltung seiner Veranstaltungsform in Angriff genommen, und im nächsten Januar wird sich dann zeigen, ob sie Erfolg hat. Dasselbe muss auf europäischer Ebene stattfinden.

2. Eine kontrastreiche Bilanz

Die drei an einen ESF gerichteten Aufträge - theoretische Auseinandersetzungen, Ausarbeitung von Vorschlägen, Beschlüsse zu gemeinsamen Aktionen – sind auf sehr ungleiche Weise erfüllt worden.

Theoretische Auseinandersetzungen haben vor allem im Vorfeld des eigentlichen ESF stattgefunden, im Vorbereitungsprozess. Ein Niederschlag davon ist das Programm der Plenarversammlungen. Da die Beschlüsse im Konsens gefasst werden, spiegelt sich darin zwangsläufig das Ergebnis von Kompromissen der einzelnen Kräfte wider, die an dieser Vorbereitung teilgenommen haben, auch wenn das Ergebnis dieser Kompromisse unbefriedigend erscheinen kann. So nahmen bei den drei ESF die Themen Krieg und Rassismus einen besonders ausnehmenden Platz ein, auf Kosten anderer dringlicher Fragen, wie zum Beispiel die wirtschaftliche, umweltpolitische und soziale Themen, oder diejenigen, die mit dem Aufbau Europas verbunden sind.
Dass die auf diese Weise in den Vordergrund gerückte Rangordnung durch die Mehrheit der auf den Foren anwesenden sozialen Bewegungen abgestützt sei, ist eine Annahme, die weit davon entfernt ist, auf der Hand zu liegen. Durch einen Vergleich der Anträge (für Seminare und Workshops) und des endgültigen Programms der Plenarversammlungen ließe sich dies leicht nachprüfen. Vor allem wird auf diese Weise die Arbeits- und Diskussionsweise der Europäischen Vorbereitungsversammlung (EVV) hinterfragt, und ihre Schwierigkeit, konsequente politische Debatten über die strategischen Prioritäten der Bewegung zu führen. Gewiss ist diese Versammlung „offen", da jede(r) daran teilnehmen kann. Aber es kann nicht geleugnet werden, dass gewisse Organisationen, insbesondere solche, denen eine Geschäftsstelle und finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, bzw. ihren politischen Stempel aufdrücken wollen, wesentlich mehr als andere daran teilnehmen. Diese Wirklichkeit muss die EVV dazu veranlassen, in ihrer Struktur die Vertretung aller Organisation auszubauen. Im Übrigen lässt sich nach drei Jahren feststellen, dass sich der Kernbestand der in der EVV aktivsten Organisationen seit dem ersten Forum wenig verändert hat. Dieser Umstand verweist auf Zuverlässigkeit und Beständigkeit, gleichzeitig aber auch auf eine Beschränkung seiner Verbreiterung, die durch das Hinzukommen neuer Organisationen zu diesem Kern aufgehoben werden sollte. Da die EVV die Ausrichtung der Veranstaltungen im Einzelnen festgelegt und damit den eigentlichen Ort für den politischen Aufbau des ESF darstellt, erscheint es sinnvoll, ihre demokratischen, repräsentativen und partizipativen Grundzüge zu stärken. Um die Beteiligung daran zu fördern, wird zweifellos die Einrichtung einer umfangreicheren finanziellen Solidarität erforderlich sein. Diese Überlegungen gelten auch für die sogenannte Versammlung der „sozialen Bewegungen".
Während des eigentlichen Forums wird so manche brauchbare Auseinandersetzung in den Seminaren und Workshops geführt, doch reduzieren sich die Plenarversammlungen meistens auf eine Aneinanderreihung von bereits im Voraus bekannten Reden, und für die Vertreter von Organisationen, die ihren Platz auf dem Podium teuer erstritten haben, auf eine rein medienwirksame Rhetorik.
Trotz echter Debatten, die während des ESF geführt worden sind, haben diese unter **drei Mängeln** gelitten.

Der erste, nur a posteriori beobachtbar, ist das Fehlen von Angaben über die Plenarversammlungen, Seminare und Workshops, durch die in Erfahrung hätte gebracht werden können, ob es sich darum handelt, Analysen zu vergleichen, Erfahrungen auszutauschen oder Alternativen aufzubauen.
Der **zweite Mangel** ist das gänzliche Ausbleiben von Aufzeichnungen. Zwar lassen sich wohl hier und dort Protokolle von Sitzungen finden, die mehr oder weniger gut die Art der stattgefundenen Debatten wiedergeben. Aber es gibt keine Methode, mit der die bei diesen Debatten aufgeworfenen Schlüsselbegriffe festgestellt werden könnten, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sie beim folgenden ESF wieder aufzunehmen, damit ein Fortbestand gewährleistet wird und der erreichten Fortschritt erkennbar wird. Zweifellos nährt diese Situation ein Gefühl der Wiederholung.
Der **dritte Mangel** ist das Auftreten von Entgleisungen in London, was auf den vorausgegangenen ESF vermieden worden war. Zeichen von Intoleranz, Beschimpfungen, Pseudo-Debatten ohne Duldung von Widerspruch, für die fanatische politische Gruppen und konfessionelle Organisationen verantwortlich sind, wie in den Seminaren über den Irak und das französische Gesetz über das Zurschaustellen religiöser Symbole in der Schule. Nochmalige Entgleisungen dieser Art können die Existenz der ESF gefährden.

Der Schwerpunkt **Ausarbeitung von Vorschlägen** war dank bestimmter Seminare, die bei Treffen oder bei vorherigen Austauschen in Netzwerken, welche in ihrer Arbeit von einem Forum zum nächsten Fortschritte machen, sorgfältig vorbereitet worden waren, vorhanden. Aber das ESF ist im allgemeinen nicht der Ort, wo sie ausgearbeitet werden. Es könnte zumindest der Ort für ihre öffentliche Verbreitung sein, was aber nicht der Fall ist. Dies liegt an der ungenügenden Berücksichtigung dieses Bereichs bei der Konzipierung und Strukturierung der ESF, die keinen Zeitpunkt für eine politische Sichtbarmachung dieser Alternativen vorsehen, und an dem begrenzten, bei einigen Veranstaltern sogar nicht einmal vorhandenen Interesse für den Aufbau einer „Gedächtnisses“ dieser Treffen. Dieser schwere Mangel wird zur Zeit teilweise behoben, aber dazu braucht es menschliche und finanzielle Mittel. In diesem Rahmen müßte die Einrichtung einer Datenbank zu den Vorschlägen aus den drei ESF ein vorrangiges Ziel sein.

Der Bereich **Beschlüsse zu gemeinsamen Aktionen** hat sich sehr weitgehend auf die Vereinbarung von Terminen für gemeinsame weltweite Kundgebungen reduziert (15. Februar 2003, 19. März 2005). Das ist sehr wichtig, aber unzureichend. Die von der „Versammlung der Sozialen Bewegungen“ zusammengestellten Termine der auf den Seminaren beschlossenen internationalen Treffen gibt eine wichtige Übersicht, mehr nicht. Die ESF haben es bis heute nicht erlaubt, wirkliche europäische Mobilisierungskampagnen zu führen.

Diese kritischen Überlegungen vermögen jedoch nicht die positiven Aspekte des Prozesses in den Schatten zu stellen: Zu nennen wären insbesondere die in Punkt 1 ausgeführte schrittweise zunehmende Beteiligung neuer Organisationen und vor allem die Interessensüberschneidungen, die einige untereinander entdecken. Bewegungen, die sich gegenseitig nicht beachteten oder nicht miteinander gesprochen hatten, lernen sich kennen; Bedenken und Sperren werden aufgehoben; Möglichkeiten zu gemeinsamen Arbeitsansätzen werden zu Tage gefördert.

3. Phantasie beweisen

Angesichts dieser Bilanz sind selbstverständlich Vorschläge für eine vollständige Neugestaltung des Prozesses zu entwickeln. Es muss eingesehen werden, dass ein ESF vielerlei, bereits festgestellte Funktionen hat, oder solche, die sich aus der Erfahrung ableiten lassen und dass alle als ein Ganzes gedacht werden müssen. Und zwar schon ab Athen 2006. Zunächst muss ein Europäisches Sozialforum eine soziale und europäische Besonderheit besitzen, was jedoch nicht heißt, dass es dem Rest der Welt den Rücken kehrt. Es muss die Europäer in ihrem nationalen und kontinentalen politischen Rahmen handlungsfähig machen, sonst hat es nur die Bedeutung eines wohlmeinenden Kolloquiums.

Die drei eingangs erwähnten Bereiche (theoretische Auseinandersetzungen, Ausarbeitung von Alternativen, Beschlüsse zu Aktionen) müssen zu verschiedenen, aber aufeinander abgestimmten Zeitpunkten abgehandelt werden, und eine Zeit für den Austausch einplanen.

Zu diesen drei Funktionen treten fünf weitere, genauso notwendige hinzu:
- Die Funktion, jederzeit die Teilnehmer, von denen sich viele orientierungslos in einem Fülle von Ständen, Fahnen usw. befinden, zu empfangen und zu informieren;
- Die Funktion Kultur und Volksbildung;
- Die Funktion Vorstellung der Teilnehmerorganisationen für ein Publikum, das sie nicht kennt;
- Die Funktion „Politik“ im strengen Sinn des Wortes. Um die derzeitige Heuchelei zu unterlaufen, wo gewisse, im Organisationsausschuss tonangebende Parteien (so gesehen in Florenz und in London) den ganzen Platz ausfüllen, omnipräsent sind, entweder unmittelbar oder über Schaufenster-Organisationen, muss die Legitimität ihrer Anwesenheit akzeptiert werden, aber an einem genau umschriebenen Ort;
- Schließlich die Funktion „alle zusammen“, also breit angelegte, massenhafte Veranstaltungen wie in Millau 2000 oder Larzac 2003, mit einigen Zusammenkünften (Kundgebung, Treffen, Musik, Kultur in jeder Form ...).

Diese Ideen setzen eine Reform des Vorbereitungsprozesses des ESF mit einem dreifachen Ziel voraus:
einerseits geht es darum, aus der Europäischen Vorbereitungsversammlung (EVV) einen Ort echter Entscheidungen zu machen;
andererseits muss sich die Debatte mit den politischen Schwerpunkten befassen, deren Umsetzung Gegenstand des Forums sein sollten;
schließlich muss sich die Arbeitsweise der EVV in Richtung auf Demokratisierung, Repräsentativität und Verbreiterung entwickeln. Die Bildung nationaler Kollektive, die selbst demokratisch und repräsentativ sind, kann ein Mittel sein, diese Zielsetzungen zu verwirklichen. Bei dieser Sicht der Dinge kann schließlich die Frage nach dem Interesse einer solchen „Hauptversammlung der Sozialen Bewegungen“ gestellt werden, da die EVV bereits berufen wäre, diese in sich zu enthalten und sogar noch weit darüber hinaus zu gehen.

Die EVV müßte einerseits die Debatte über den Aufbau ständiger logistischer Mittel vertiefen (Finanzierung, Informatik ...); andererseits die Art der Verbindung mit dem nationalen Vorbereitungsausschuss im Gastland des ESF klären. Was die Periodizität des ESF betrifft, ein Zweijahresrhythmus im Wechsel mit dem WSF macht Sinn, um die Energie der Aktivisten und die finanziellen Ressourcen der Organisationen nicht bis zum letzten Faden aufzubrauchen. Zwischen zwei ESF könnte eine europäische Zusammenkunft der einzelnen laufenden Kampagnen stattfinden. Sie hätte auch als Ziel, die im Mittelpunkt stehenden Mobilisierungen der Bewegung für das folgende Jahr zu besprechen.
Nach der Ansicht von Attac-Frankreich hängt die Zukunft der ESF von einer Berücksichtigung dieser verschiedenen Imperative und von dafür angemessenen Vorbereitungsstrukturen ab.

http://www.france.attac.org/a3694
Aus dem Französischen von Angelika Gross, und Marie-Dominique Vernhes, ehrenamtliche Übersetzerinnen coorditrad@attac.org

Gedanken zum ESF - Stimmen aus Deutschland

1. Die französischen Organisatoren der außerordentlichen Europäischen Versammlung in Paris werden gebeten, **Tagesordnung und Geschäftsordnung** so zu gestalten, dass vor der allgemeinen Debatte zunächst alle anwesenden Länder-delegationen in zwei Gesprächsrunden einmal zum Stand des ESF-Prozesses und zum Zweiten zu den Perspektiven und notwendigen Veränderungen das Wort erhalten. Damit soll zu jedem der beiden Themen ein allgemeines Meinungsbild der europäischen Bewegung hergestellt und zugleich vermieden werden, dass besonders zahlreich vertretene Delegationen den Rest der Versammlung dominieren. Auch in der allgemeinen Debatte soll das jeweilige Präsidium neben dem gender balance auf die Ausgewogenheit der Redner und Rednerinnen aus den teilnehmenden Ländern achten. Um die Ausgrenzung bestimmter Personenkreise zu reduzieren, werden die Organisatoren ferner gebeten, Übersetzung nicht nur in den bisher üblichen Sprachen Englisch, Französisch und Italienisch anzubieten. Überhaupt sollten wir auf den künftigen Europäischen Versammlungen zu gewissen Grundregeln der Geschäftsordnung kommen. Das betrifft insbesondere die Punkte Rednerfolgen, Redezeiten, Übersetzungen.

2. Um die Diskussion während der Pariser Versammlung zu erleichtern, tragen wir schon jetzt **unsere Gedanken zur Kritik am ESF-Prozess, ihren Perspektiven und notwendigen Veränderungen** vor:
London war für viele tausend Menschen ein tolles politisches und menschliches Erlebnis. Mit viel Diskussions- und Streitlust machten sie von dem umfassenden Angebot politischer Themen Gebrauch. Der ESF-Prozess hat in London durch die aktive Einbeziehung der Gewerkschaften und vieler anderer Gruppen und Initiativen **an politischer Breite und Bedeutung gewonnen**. Die Chance, dass diese neue soziale Bewegung zu einem politischen Faktor in Europa wird, ist damit gestiegen.
Das ESF in London hat **Probleme und Schwächen der Bewegung** deutlich werden lassen, die schon früher angelegt waren: Mangelnde Transparenz, fehlende Kompromissbereitschaft, Beharren auf nationalen Prioritäten, Dominanz einzelner Gruppen oder ad hoc-Koalitionen. Mit der frühzeitigen Einrichtung einer Homepage und mit ausführlichen Protokollen der Vorbereitungssitzungen wurden zwar Schritte zu mehr Transparenz gemacht. Diese Ansätze müssen wir jedoch noch gemeinsam weiter ausbauen.
Das Hauptproblem scheint die Unfähigkeit oder die mangelnde Bereitschaft der äußersten Enden im politischen Spektrum der Bewegung zu sein, zu einem Konsens zu finden. In London waren - etwas vereinfacht - die Kontrahenten Autonome und Gewerkschaften. Die potentiellen Vermittler schlugen sich - grob gesagt - auf die Seiten der Kontrahenten: Socialist Workers Party, KP Britanniens, CND und Tobin Tax Initiative, manche NGOs zu den Gewerkschaften - Attac, lokale Sozialforen, andere NGOs und Anarchogruppen zu den Autonomen. **Mangelnde Bereitschaft zur Konsenssuche** ist jedoch auch schon früher und in anderen Zusammenhängen deutlich geworden. So waren die italienischen Basisgewerkschaften in Paris nur mühsam davon zu überzeugen, einen gemeinsamen europäischen Aktionstag mit den EGB-Gewerkschaften gegen den Sozialabbau am 3. April 2004 zu veranstalten. In der Praxis haben sie ihn ignoriert. Sie waren es auch im Verein mit ihren französischen Kollegen, die bei der Vorbereitung der Versammlung der Sozialen Bewegungen in London verhinderten, dass im Schlussappell zur Beteiligung an den antifaschistischen Aktionen anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus am 8. Mai 2005 aufgerufen wird, wie es im Namen der Internationalen Widerstandskämpferorganisationen von der deutschen und österreichischen Delegation gefordert wurde. Die Betonung des antifaschistischen Charakters der Bewegung erscheint jedoch unerlässlich.
Zur Transparenz und zur Vermeidung politischer Dominanz gehört auch **der offene Zugang zu den Vorbereitungsgremien** der Europäischen Versammlung. Da jedoch auf vielen wichtigen Treffen regelmäßig nur Italienisch, Französisch und Englisch übersetzt wird, wird die Teilnahme aus allen übrigen europäischen Ländern schon deswegen auf Eliten beschränkt und eine erdrückende **Dominanz der Muttersprachler** programmiert. Es muss künftig je nach Teilnahme ausreichend Übersetzung sichergestellt werden.
Natürlich gibt es in jedem Land unterschiedliche politische Prioritäten. Das sollte als Bereicherung der Bewegung betrachtet werden. Daraus ergibt sich jedoch eine gewisse politische Dominanz der jeweiligen Veranstaltung. Nicht immer ist der europäische Charakter solcher Treffen gewahrt. Das müssen die jeweiligen Organisatoren künftig garantieren.
Viele Teilnehmer der jüngsten Europäischen Versammlung in London üben jetzt in ihren Stellungnahmen zum Londoner ESF Kritik an der Dominanz politischer Gruppierungen. Gleichzeitig wird Kritik an der Entscheidung für Athen als Ort des nächsten ESF geäußert. **Die Entscheidung für Athen war eine schwierige Entscheidung**. Doch sie bestätigte zugleich die bereits in Bobigny getroffene Vereinbarung, die Bewegung der Sozialforen in Europa mit dem Forum in Griechenland fortzusetzen. In der Debatte in London dazu waren Bedenken deutlich geworden, dass die Vorbereitung des ESF in Athen von einer zerstrittenen politischen Koalition dominiert werden könnte, die die Beteiligung einer Reihe von Gewerkschaften, Friedens- und Studentenorganisationen ausschließt. Insofern ist die Bestätigung der Entscheidung für Athen mit der Aufforderung verbunden, dass die griechischen Gruppen zu einem Konsens finden und die Breite der unterstützenden Organisationen sichtbar erweitern.
Das wichtigste Problem, das diese Bewegung zu lösen hat, ist die Förderung der Dialogbereitschaft und des Willens zum Konsens. Wie aber geht die Bewegung mit solchen Gruppen auf der einen oder anderen Seite des politischen Spektrums um, die dazu nicht bereit oder in der Lage sind? Grenzen wir die einen aus und nehmen ihre Störaktionen in Kauf? Verzichten wir auf die anderen und damit auf deren breiten politischen Einfluss in der Bevölkerung? Die Konsequenz wäre die Spaltung und damit das Scheitern einer Idee, die die Welt verändern könnte. Aber wäre es im Interesse einer politischen Erfolgsstrategie nicht auch eine gerechtfertigte Konsequenz, sich von solchen Minoritäten zu trennen, die das ESF im Geiste von Porto Alegre mit seinem freien Diskussionsraum überhaupt nicht wollen, sondern bestenfalls ein Vehikel für gruppenegoistische Ziele suchen? ("Who the fuck needs the ESF?")
Es gibt keine Alternative zu dem Bemühen, sensibel und mit großer Rücksichtnahme eine neue politische Streitkultur zu entwickeln, in der die notwendige Einigung auf unser politisches Grundanliegen erzielt wird. Ohne Kompromisse von allen Seiten wird es dabei nicht abgehen. Wer dazu nicht bereit ist, wer gar mit Gewalt andere Meinungen unterdrückt, sollte seine eigenen Wege gehen.
UnterzeichnerInnen: Hugo Braun (Attac Koordinierungskreis), Christine Buchholz (Initiative für ein Sozialforum in Deutschland), Erhard Crome (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Karen Genn (Marx-Engels-Stiftung), Willy van Ooyen (Friedens- und Zukunftswerkstatt) Christine Karch (Netzwerk Cuba), Stefan Krull (IG Metall), Jutta Ried (Babels-de), Hannelore Tölke (Initiative für ein Sozialforum in Deutschland).

Deutsches Sozialforum in Erfurt, 21.-24.7. http://www.sozialforum2005.de/index.html
Bei einem Vorbereitungstreffen am 8./9.1. in Erfurt einigten sich rund 100 Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Organisationen und Initiativen auf **vier thematische Schwerpunkte**: **Arbeitswelt und Menschenwürde, Menschenrechte und politische Teilhabe,- Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt, anders Leben in einer lebenswerten Welt**.

Alexandra Strickner, Attac Österreich

Bilanz über das 3. Europäische Sozialforum in London

1) Allgemeine Einschätzung und Herausforderungen

Am 3. ESF haben rund 20.000 Menschen teilgenommen. Im Vergleich zu den beiden ersten europäischen Sozialforen, ist das um ca. die Hälfte weniger. Der teure Austragungsort London war mit Sicherheit ein Faktor für eine geringere TeilnehmerInnenzahl, aber wahrscheinlich nicht der ausschlaggebendste.

Die **Stagnation bzw. die Krise der Bewegung** war am ESF spürbar und hat sich in geringeren TeilnehmerInnenzahlen ausgedrückt. Fünf Jahre nach dem "Start" der globalisierungs-kritischen Bewegung gibt es zwar eine Reihe von Erfolgen im Hinblick auf die Mobilisierung von Menschen, sich gegen die neoliberale Politik zu wehren. Dennoch gab es trotz zum Teil massiver Mobilisierungen, Demonstrationen und Streiks v.a. in Europa (sei es gegen den Krieg, oder den Abbau des Sozialsstaates) **wenig konkrete Erfolge**. Der neoliberale Politikkurs hat sich weder auf lokaler, regionaler noch internationaler Ebene verändert, im Gegenteil, er schreitet zum Teil immer rascher voran. Die Frage der Standortbestimmung und der nächsten Schritte war daher auch ein zentraler Teil vieler Debatten rund um die Zukunft der Bewegung.
Der extrem **mühsame europäische und auch britische Vorbereitungs- und Organisationsprozess** waren ein weiterer Grund, der eine nicht unbeträchtliche Zahl von Menschen von einer Teilnahme am 3. ESF in London eher abschreckte. Im Hinblick auf den Vorbereitungsprozess und auch die Durchführung des ESF in Zukunft wird die Weiterentwicklung von Formaten und die Abschaffung von nationalen SprecherInnenquoten u.a. wichtig sein, um den Prozess des Aufbaus einer europäisch vernetzten Zivilgesellschaft und die inhaltliche Debatten und Analysen besser voranzutreiben.

Die Fortführung dieses Prozesses erscheint mir jedoch wichtig: Vor dem Hintergrund einer **EU**, die im Grunde genommen heute fast alle zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen für die Mitgliedsländer trifft, **bedarf es einer europäischen Antwort seitens der verschiedenen Akteure** (soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs etc.). Die meisten dieser Akteure – und insbesondere die sozialen Bewegungen – organisieren und agieren primär auf lokaler/nationaler Ebene. Die europäische Koordination beschränkt sich oft auf zeitgleiche Mobilisierungen in mehreren europäischen Ländern. Während die Mobilisierung von Menschen ganz klar nur vor Ort erfolgen kann, bedarf es aber viel mehr einer europäischen Debatte und Strategieentwicklung gegen diese Politik und für Alternative Politik- und Gesellschaftsmodelle innerhalb der oben genannten Akteure.(...) Der ESF Prozess ist derzeit der einzige, der es den verschiedenen Akteuren – soziale Bewegungen, Gewerkschaften, NGOs - erlaubt, in dieser Dichte und thematischen Breite zusammenzukommen und die breite Palette von Themen zu denen gearbeitet wird mehr oder weniger zusammenzuführen.

Aus meiner Sicht gilt es sich auch bewusst zu machen, dass der Prozess der Veränderung der Handlungsformen und Strategien von einer primär lokalen/nationalen in Richtung "die europäische Ebene mitintegrierenden" zentral ist. Das bedeutet auch die damit notwendige Veränderung bzw. den **Aufbau von Strukturen.** Vor dem Hintergrund der sprachlichen und kulturellen Vielfalt der verschiedenen europäischen Länder ist dieser Prozess und der Aufbau solcher Strukturen z.T. ein schwieriger und langwieriger Prozess – insbesondere zwischen den sozialen Bewegungen. Die verschiedenen politischen Praxen (in Italien wird anders politisch diskutiert und gearbeitet, als in Frankreich, als in Österreich, als in Norwegen etc.) und die sprachliche Vielfalt macht diesen Prozess komplex und z.T. auch langsamer als wir es uns wünschen. Letztlich geht es darum – aus meiner Sicht – gemeinsam einen Prozess zu ermöglichen/Strukturen aufzubauen, die es den verschiedenen nationalen Akteuren erlauben zentrale Themen gemeinsam zu diskutieren und darauf aufbauend

- Widerstandsbewegungen gemeinsam/vernetzt aufzubauen
- Alternativen europäisch zu diskutieren
- Neue Handlungsformen und –strukturen zum vorantreiben dieser Ebenen zu entwickeln

(...)
Im Kern geht es darum, europäische und breitere Allianzen, rund um zentrale Themen – z.B. Landwirtschaft, öffentliche Dienstleistungen/ Privatisierungen etc. aufzubauen, die in der Zeit zwischen den Sozialforen, Mobilisierungen und die Konstruktion und Umsetzung von Alternativen vorantreiben. Dies könnte auch den Vorbereitungsprozess der Sozialforen zukünftig konstruktiver werden lassen, da nationale Quotierungen ihre Existenzberechtigung und damit Relevanz verlieren wurden. (...)
In Summe ist es aus meiner Sicht wichtig, den ESF Prozess, mit all seinen Schwierigkeiten, in erster Linie als einen PROZESS zu sehen, der zum einen im Rahmen des sozialen Raumes, den das ESF als Ort der Begegnung und Debatte anbietet, stattfindet, aber eben auch dazwischen.

2) Debatte rund um die Zukunft der Bewegung

Zu diesem Thema gab es mehrere Debatten, in denen im großen und ganzen festgestellt wurde, dass die Bewegung an einem Scheidepunkt steht. Wie bereits oben erwähnt, gibt es aufgrund der bisherigen Erfahrungen und auch nach dem Abflachen der ersten Jahre der Globalisierungskritik eine Stagnation in der Bewegung.
In fast allen Ländern mit größeren Mobilisierungen in den letzten Jahren – Frankreich, Italien, Deutschland oder Großbritannien – wird das kommende Jahr als ein entscheidendes für die Bewegung eingeschätzt. Mit unterschiedlichen Nuancierungen werden folgende Fragestellungen bzw. Herausforderungen als zentral für das Fortbestehen und Wachsen der Bewegung gesehen:

Eine erfolgreiche EUROPÄISCHE Mobilisierung gegen den Krieg und gegen den Sozialabbau (Bolkestein), sowie die neoliberale Verfassung
Die Versammlung der sozialen Bewegungen hat am Ende des ESF (Sonntag) einen gemeinsamen Mobilisierungstag für 2005 beschlossen. Am 19. und 20. März sollen in den jeweiligen europäischen Ländern und auch in Brüssel (hoffentlich massive) Mobilisierungen gegen den Krieg (2. Jahrestag des Einmarsches – auch in den USA und anderen Ländern wird es Demos geben) und gegen die EU Verfassung sowie gegen die Bolkestein Richtlinie geben (ein paar Tage nach diesem Datum gibt es ein EU Ministertreffen). Bolkestein und die EU Verfassung werden bis zu einem gewissen Grad ein Prüfstein, bzw. wäre es auch eine Chance erstmals gemeinsam gegen die neoliberale Politik der EU vorzugehen. Die Mobilisierung Mitte März ist dafür nur ein Mittel und hoffentlich der Beginn einer intensiveren Zusammenarbeit zu diesen Themen.

Die verstärkte Auseinandersetzung mit der Frage der Alternativen
Neben der Mobilisierung rund um die Abwehr von neoliberalen Politikmassnahmen wurde häufig auch die Notwendigkeit nach der Konstruktion von Alternativen angeführt. Es bestand Einigkeit darin, dass es nicht darum geht, diese Alternativen von ExpertInnen fix fertig entwerfen zu lassen, sondern diese "im gehen" und gemeinsam zu entwickeln. Weiter gab es durchwegs Zustimmung, dass die Basis für Alternativen die Realisierung von Rechten sein muss (Menschenrechte, soziale Rechte, kulturelle Rechte etc.). Z.B.

im Hinblick auf öffentliche Dienste gälte es in einem europäischen Kontext zu diskutieren, wie könnten u.U. – dort wo möglich – europäische öffentliche Dienste etabliert werden (z.B. Bahn, Post, Telekom etc.). Ebenfalls wurde häufig erwähnt, dass aber auch konkrete, relativ rasch umsetzbare Forderungen notwendig sind, die erste Schritte einer Alternative darstellen.

Klärung der Frage nach der politischen Umsetzung – die Frage der Parteien
Die Frage nach der Umsetzbarkeit bzw. dem politischen Arm der Bewegung wurde auch häufig aufgeworfen. In einigen europäischen Ländern gibt es bereits Wahlalternativen oder Prozesse, die darauf abzielen solche zu etablieren. Diese Frage stellt sich vor dem Hintergrund, dass in vielen europäischen Ländern kaum linke **Wahlalternativen** bestehen und bestehende Parteien fast ausnahmslos die neoliberale Ideologie übernommen haben.
Die Frage stellt sich auch vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen der Bewegungen und im Zusammenhang mit der Durchsetzung/-Umsetzung von Alternativen. Es ist eine Debatte, die verstärkt v.a. in den großen europäischen Ländern an Dynamik und Wichtigkeit gewinnt wie z.B. Großbritannien, Frankreich oder Deutschland.(...). Darüber hinaus ist dieses Thema auch innerhalb der Foren ein Spannungsfeld, denn die Parteien vom linken Spektrum (kommunistische, trotzkistische Parteien etc.) waren von Anfang an dabei, im Falle des ESF war die Socialist Workers Party eine der zentralen Gruppen, die das ESF in London mitorganisiert hat. Die Auseinandersetzung mit diesem Spannungs- und Konfliktfeld ist daher wichtig.

Verbreiterung der Bewegung
Auch beim 3. ESF nahmen v.a. institutionelle VertreterInnen (GewerkschafterInnen, soziale Bewegungen v.a. aus der globalisierungkritischen Szene, NGO-Leute etc.) teil. Die Verbreiterung der Bewegung insbesondere in Richtung u.a. Arbeitslose, prekarisierte Beschäftigte, Werktätige generell, MigrantInnen, osteuropäische Gruppen etc. – und damit auch das Schaffen von neuen Allianzen wurde als ein zentraler Punkt diskutiert. Bis zu einem gewissen Grad ist das ESF immer noch sehr "intellektuell”. Als Beispiel, in welche Richtung es gehen sollte, wird das WSF in Indien genannt, wo viele soziale Bewegungen aus Indien und Asien teilnahmen.

3) Thematische Seminare

(...)

Agrarsektor/Europäische Landwirtschaftspolitik/ WTO/ Ernährungssouveräntität
Im Zentrum der Debatten stand die europäische Landwirtschaftspolitik sowie das globale Nahrungsmittelsystem, deren Analyse seitens der europäischen ProduzentInnen (Via Campesina) und deren Auswirkungen auf die Situation von ProduzentInnen im Süden.
In rund sechs europäischen Ländern gibt es bereits Allianzen zwischen ProduzentInnen, KonsumentInnen, ArbeiterInnen in der Nahrungsmittelindustrie und Umweltorganisationen u.a., die sich für eine Reform der europäischen Agrarpolitik und eine andere Agrarpolitik insgesamt engagieren. Österreich ist eines dieser Länder. Das **Agrarbündnis** – bei dem auch Attac Österreich Mitglied ist – ist die Plattform dafür.
Im Zentrum der Arbeit dieses Bündnisses steht die Kritik an der europäischen Agrarpolitik, die weiterhin primär die europäischen Grossbetriebe sowie die Lebensmittelindustrie und die Produktion von Überschüssen für den Exportmarkt fördert. Kleinräumige Anbaustrukturen – die Basis für eine nachhaltige Lebensmittelproduktion – und somit auch KleinproduzentInnen werden weiterhin aus ihrer Aktivität gedrängt.
(...)http://www.agrarbuendnis.at/main.php

WTO und bilaterale Handelsabkommen

Im Hinblick auf WTO Themen gibt es derzeit in Frankreich noch eine relativ starke **Anti-GATS Bewegung** und auch das Thema Gentechnik-Streit USA/EU ist eines das aktuell ist. Vor dem Hintergrund dessen, dass im vom 13. bis zum 18. Dezember 2005 – also in gut einem Jahr – die nächste WTO Ministerkonferenz stattfindet, beginnen langsam die ersten Strategiediskussionen. Als Herausforderungen für die europäische Mobilisierung wurden folgende Punkte in den Debatten festgehalten:

- Das verstärkte Aufgreifen des Landwirtschaftsthemas
- Die Verknüpfung der GATS Mobilisierungen mit den Mobilisierungen zur Bolkestein-Initiative (in beiden Fällen sind es europäische Konzerne, die massiv die Liberalisierung innerhalb der EU und außerhalb vorantreiben)
- Das verstärkte Aufgreifen der sogenannten NAMA Verhandlungen – also dem Abbau von Zöllen auf Industriegüter.

Das **Seattle-to-Brussels Network** – in dem auch Attac Österreich vertreten ist – beabsichtigt im Februar 2005 ein größeres Treffen zu machen, bei dem die Kampagnen und die gemeinsame Arbeit zu den Handelsthemen festgelegt werden soll. www.s2bnetwork.org
Abgesehen von den WTO-Seminaren gab es sehr viele Debatten zu den sogenannten EPAs – **Economic Partnership Agreements** – die die EU mit den AKP Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik Staaten) verhandelt. Im Rahmen dieser Verhandlungen sollen sogenannte regionale Märkte geschaffen werden, zu denen die EU natürlich bevorzugten Zugang hat. Es gibt mittlerweile eine Reihe von Organisationen, die dazu verstärkt arbeiten. Infos über die Kampagnen gibt es unter: www.epa.org
Weiter gab es ein erstes größeres **Treffen zwischen lateinamerikanischen Organisationen der Zivilgesellschaft,** die seit Jahren zum Thema Handelsliberalisierungen arbeiten (insbesondere zur gesamtamerikanischen Freihandelszone – ALCA oder regionalen Abkommen mit den USA) und europäischen Organisationen. **Die EU verhandelt verstärkt regionale Handelsabkommen auch mit dieser Region**. Ziel ist es eine gemeinsame Koordination aufzubauen, um gegen diese Abkommen zu mobilisieren, wie z.B. das EU – MERCOSUR (Brasilien, Argentinien, Uruguay and Paraguay) Abkommen. Der Abschluss der Verhandlungen für dieses Abkommen konnte Ende Oktober 2004 erfolgreich NICHT abgeschlossen werden. Die EU will ihre Agrarmärkte für Rindfleisch, Zucker etc. öffnen, sofern der MERCOSUR im Gegenzug dazu v.a. den Dienstleistungssektor öffnet. (...)

Bolkestein - Dienstleistungsrichtlinie
Es wurde ein Seminar und ein Workshop organisiert, der von attac Gruppen und Gewerkschaften gut besucht wurde. Als konkrete Ergebnisse wurden erarbeitet:

die Notwendigkeit über Bolkestein zu informieren und dagegen gemeinsam zu mobilisieren

eine gemeinsame Kampagne auf europäischer Ebene zu beginnen, und dabei auch die europäischen ParlamentarierInnen anzusprechen

am 19. März 2005 in Brüssel gegen diese Richtlinie zu demonstrieren

Eine email liste einzurichten bolkestein@lists.attac.be

Siehe **www.stopbolkestein.org** und **www.attac.de/bolkestein/**

Nächste Treffen/Mobilisierungen

- **26. bis 31. Jänner 2005 Weltsozialforum in Porto Alegre**
- **Februar 2005** Seattle to Brussels Treffen
–**19. und 20. März 2005** europaweite Mobilisierung gegen den Krieg und Sozialabbau (2. Jahrestag des US-amerikanischen Einmarsches im Irak, Treffen der EU Minister/Verfassung)
- **10. bis 16. April 2005** Global Week of Action, Aktionen gegen Handelsliberalisierung in möglichst vielen Ländern, www.april2005.org
- **13. bis 18. Dezember 2005** 6. WTO Ministerkonferenz in Hong Kong
- **2006** Tribunal über die Verbrechen europäischer Transnationaler Konzerne in Lateinamerika, Wien
- **Mai 2006** Aktionen zum EU-LA-Gipfel in Wien

Wir rufen auf: Europäischer Aktionstag am 19.3. 2005

Am Rande der Vorbereitungsversammlung für das Sozialforum in Erfurt, hat sich eine offene Arbeitsgruppe getroffen, um zu besprechen, wie hierzulande die Vorbereitung und Mobilisierung für den europäischen Aktionstag in Brüssel am 19. März 2005 forciert werden kann. Ergebnis ist der unten stehende Aufruf "Wir rufen auf: Europäischer Aktionstag am 19.3. in Brüssel".
Zudem erhielten wir an diesem Wochenende die gute Nachricht, dass der Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, John Monks, auf dem Neujahrsempfang des Hessischen DGB die Gewerkschaften in Deutschland aufrief, sich an dem Europäischen Aktionstag zu beteiligen.

Am 22./23. März 2005 treffen sich in Brüssel die Europäischen Staats- und Regierungschef und wollen ihre neoliberale Politik weiter forcieren.
Diese Angriffe auf soziale Standards führen zu einer totalen Deregulierung der Dienstleistungsbereiche. Lohnstandards, Verbraucher- und Arbeitsschutzrechte werden damit weiter abgesenkt.
Es reicht.
Wir bekräftigen daher den Aufruf der Versammlung der Sozialen Bewegungen beim Europäischen Sozialforum in London, am 19.3. in Brüssel gegen europaweiten Sozialabbau, Militarisierung und Rassismus in Europa zu demonstrieren.
Wir begrüßen, dass der Europäische Gewerkschaftsbund ebenfalls am 19.3. nach Brüssel mobilisiert und wollen mit den Gewerkschaften aus Deutschland gemeinsam demonstrieren.
Wir fordern alle Organisationen, Verbände und Netzwerke auf, sich an dem Europäischen Aktionstag zu beteiligen.
Erfurt, den 9.1.2005

Hüseyin Avgan (DIDF – Föderation der demokratischen Arbeitervereine), Bernd Bettels (BI gegen Billiglohn), Hugo Braun (Attac-Koordinierungskreis), Lena Bröckl (Attac), Elke Almut Dieter (Friedensbündnis Braunschweig, Initiative für eine andere Politik), Romy Gehrke (ver.di), Karen Genn (Marx-Engels-Stiftung), Judith Hellmich (München), Gisela Hoffmann (Attac Frankfurt/Main), Kristine Karch (Netzwerk Kuba – Informationsbüro), Roland Klautke (Attac Berlin, Berliner Aktionsbündnis „Weg mit Hartz IV“), Erdogan Kaya (AK Migration ver.di), Helmut Käss (Friedensbündnis Braunschweig), Angela Klein (Euromärsche), (Jörg Kogel (Neues Forum), Tilo Köhler (PDS, IG BAU), Kai Lamparter (ver.di-Jugend), Ute Lampe (Friedensbündnis Braunschweig), Sabine Lösing (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit), Helge Meves (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit Berlin), Sarah Nagel (Linksruck), Gerd-Erich Neumann (Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern), Bernhard Nolz (BSV/PPF), Hans-Joachim Patzelt (Nürnberger Friedensforum), Christine Pfisterer (Stuttgart), Adolf Riekenberg (Büro der Kampagne gegen die EU-Verfassung, Attac AG Globalisierung und Krieg), Thomas Rudolf (Aktionsbündnis Soziale Gerechtigkeit – Stoppt den Sozialabbau (Leipzig/Nordsachsen)), Monty Schädel (DFG-VK), Michael Schaufert (ver.di), Karin Schrappe (Erfurt), Peter Schrott (ver.di – Berlin), Gunnar Siebecke (DKP), Horst Trapp (IG Metall), Birgit Steinberger (Braunschweig), Falko Windisch (attac Erfurt), Michaela Ziegs (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit LV Sachsen)

Konferenz der Zivilgesellschaft Zentral- und Osteuropas

Von 25. bis 28. November fand in Bratislava eine von Attac Österreich, Greenpeace CEE und Trialog organisierte internationale Konferenz mit dem Titel **"Looking for a different Europe** – Hladanie inej Európy" statt.

Rund 130 AktivistInnen verschiedener NGOs **aus zehn zentral- und osteuropäischen Ländern** beteiligten sich an der dreitägigen Veranstaltung an der Comenius Universität in Bratislava. Vertreten waren neben Attac Österreich und Attac Deutschland auch alle osteuropäischen Attac-Netzwerke, sowie VertreterInnen von Umweltbewegung, Frauen- und Lesbeninitiativen oder entwicklungspolitischen Organisationen. "Angesichts der fortschreitenden politischen und ökonomischen Integration der Europäischen Union strebt auch die mittel- und osteuropäische zivile Gesellschaft nach einer zunehmenden Vernetzung ihrer Arbeit", so Pia Lichtblau vom Attac Organisationsteam.
In über 25 Workshops wurden Erfahrungen, Sichtweisen und Standpunkte ausgetauscht, man beschäftigte sich eingehender mit Gender-Fragen, dem Einsatz von Informationstechnologien, nachhaltiger Landwirtschaft. "Die großen Herausforderungen bestehen in der interkulturellen Begegnung und transnationalen Kooperation zwischen Osten und Westen", betont Lubica Trubiniova, Gründerin von Greenpeace Slowakei.
Bei der Auftaktveranstaltung **"15 Jahre Aktivismus in Zentral –und Osteuropa: Was nun?"** wurde der unterschiedliche Verlauf der Entwicklung der zivilen Gesellschaft thematisiert: Während in Polen die Solidarnosz-Bewegung während der 80iger großen Zulauf verzeichnete und nach dem Umschwung zusammenbrach, erlebte die tschechische Zivilgesellschaft im Prager Frühling ein Scheitern, das bis heute spürbar ist. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen an der Konferenz in Bratislava beklagte die **Passivität der osteuropäischen Bevölkerung**.
Jirdi Silny, ökumenische Akademie Prag: "Die **fehlende Beteiligungsmöglichkeit** in wichtigen Entscheidungen wie der massiven Privatisierungen der vergangenen Jahre gaben den Menschen ein Gefühl der Machtlosigkeit". Dennoch zeichnet sich aber auch in den neuen Mitgliedstaaten ab, dass die EU als Thema an sich und als Boden für grenzüberschreitende Aktivitäten immer wichtiger wird, so Joachim Becker, Osteuropa-Experte an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Sehr zufrieden zeigen sich die OrganisatorInnen mit dem Verlauf der Konferenz. Die Stimmung unter den TeilnehmerInnen war während der gesamten Dauer sehr positiv und konstruktiv. Das **Hauptziel - andere NGOs und AktivistInnen kennen zu lernen, Kontakte zu knüpfen und Pläne für zukünftige gemeinsame Projekte, über Landes- und Organisationsgrenzen hinweg zu schmieden - wurde voll und ganz erreicht.**
FOTOS zum Kongress finden Sie auf: www.attac.at/885.html

presse@attac.at, www.attac.at

Konferenz zu Öffentlichen Dienstleistungen, Globalisierung und Nachhaltigkeit
des Seattle-To-Brussels Netzwerkes **Budapest, 11.-13. Februar 2005** http://www.vedegylet.hu/conferences

Philipp Hersel

Bericht vom internationalen Attac-Seminar in Innsbruck, 3.-5.12.2004

Anwesend: Attacs aus Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Ungarn, Italien, Norwegen, Polen, Rumänien, Österreich, Spanien, Schweden, Schweiz, Wallonien-Brüssel
(...)

1. Bestandsaufnahme: Wo stehen die nationalen Attacs? Wo steht Attac-Europa?

Auch wenn die Entwicklung hin zum aktuellen Stadium der unterschiedlichen Attacs selbstverständlich zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen sind, so ist dennoch bemerkenswert, dass wir alle vor einigen ähnlichen Problemen stehen.

- Nach einer zum Teil sehr stürmischen Anfangsphase sind inzwischen die meisten Attacs in den Mühen der Ebene angekommen. Viele haben sogar netto Mitglieder verloren (z.B. Italien, Schweiz, Norwegen, Schweden u.a.)
- Auch wenn Attac in den jeweiligen nationalen Kontexten von unterschiedlicher politischer Bedeutung ist, so kommt uns doch häufig eine überproportionale Aufmerksamkeit durch die Medien zu (meistens, aber nicht nur, im positiven Sinne).
- Es ist uns in keinem Land nennenswert gelungen, Zielgruppen jenseits der akademischen und intellektuellen Mittelschichten anzusprechen.
- Trotzdem spielen die nationalen Attac eine wichtige Rolle bei der Herausbildung von politischen Bündnissen, insbesondere bei der Anbindung von Gewerkschaften an die globalisierungskritische Bewegung und in der Entstehung von Sozialforen.
- In praktischen allen Ländern sind die Wirkungen der Attac-Aktivitäten auf die Beeinflussung von Diskursen und die Schaffung von Öffentlichkeit für bestimmte Themen beschränkt. Einen gemessen an unseren politischen Ansprüchen respektablen konkreten Erfolg haben wir nicht erreicht.

In Osteuropa haben sich die Attacs (noch) nicht in vergleichbarem Maße wie in Westeuropa etabliert. Das mag zum einen daran liegen, dass sie erst in jüngerer Zeit entstanden sind (z.B. Attac Rumänien und Bulgarien). Es fehlen aber auch vergleichbare gesellschaftspolitische Umstände, um eine kritische Gegenöffentlichkeit von relevanter Größenordnung aufzubauen. Nicht zuletzt aufgrund der extremen sozialen Situation sowie der weitverbreiteten dediziert antisozialistischen Grundhaltung in Osteuropa ist der Aufbau von Organisationen, die auf kollektive und solidarische Gesellschaftsbildung setzen, extrem schwierig. Dies wirkt sich sowohl in geringen Aktivistenzahlen als auch in desolaten Finanzen aus.

Während die nationalen Attac-Netzwerke in Ost- und Westeuropa also derzeit vielfach stagnieren, erlebt das europäische Attac-Netzwerk sehr positive Fortschritte. Zwar waren wir uns einig darin, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des internationalen Attac-Netzwerks immer noch weit hinter dem Anspruch einer globalen globalisierungskritischen Bewegung zurückbleibt, aber in jüngerer Zeit konnten wichtige Strukturen verankert werden und es beginnt ein gewisses Maß gemeinsamer Praxis. Die nicht zuletzt auch auf Betreiben von Attac-D inzwischen entwickelten Kommunikationswege (insbesondere die halbjährlichen Seminare und monatlichen Telefonkonferenzen in Europa) haben das transnationale Bewusstsein gestärkt, konkrete Kooperationen auf den Weg bringen geholfen, Vertrauen aufgebaut und viele “kurze Dienstwege” geschaffen.

2. Gemeinsame Planungen zur Bolkestein-Richtlinie

(...) Wir sind uns alle einig, dass sich innerhalb der Logik der Bolkestein-Richtlinie nichts Positives erreichen lässt. Statt einer Abmilderung oder Herausnahme einzelner Branchen und Sektoren muss die Richtlinie komplett zurückgewiesen und gestoppt werden. Das bringt in einzelnen Ländern bündnispolitische Probleme mit sich, weil sich vereinzelt Gewerkschaften hinter die Richtlinie gestellt haben. In anderen Ländern hingegen zeichnen sich Gewerkschaften als die vielversprechendsten Bündnispartner zum Thema Bolkestein ab. Wir wollen sehen, wieweit über unsere nationalen Kontakten zu Gewerkschaften ein grenzüberschreitender Druck auch auf diejenigen Gewerkschaften ausgeübt werden kann, die bisher Bolkestein befürwortet haben.
Von Schweden abgesehen, wo das Thema Bolkestein eine zentrale Bedeutung in der öffentlichen Diskussion im Sommer gespielt hat, kommt eine öffentliche Thematisierung von Bolkestein erst langsam in Gang. Auch muss in der Analyse und Kritik der Bolkestein-Richtline zwischen den beiden Wirkungsebenen “Forcierung der Privatisierung öffentlicher Dienste” einerseits und dem “Herkunftslandprinzip” als Regulierungsebene andererseits unterschieden werden. Während in einzelnen Länder v.a. in Osteuropa kaum mehr öffentliche Dienste zur Privatisierung übriggeblieben sind, trifft das Herkunftslandprinzip als neues Regulierungsprinzip alle. (...)

3. Attac im Prozess der Sozialforen

(...) Einerseits wurde von allen die besondere Bedeutung und die positive Rolle betont, die das ESF für die globalisierungskritische Bewegung und ihre Vernetzung in Europa gespielt hat, andererseits wurden aber spätestens beim letzten ESF in London sehr viele Schwächen offensichtlich, die die bisherigen Strukturen und Gepflogenheiten des ESF mit sich gebracht haben. So sind z.B. die europäischen Vorbereitungsversammlungen (European Preparatory Assemblies-EPAs) offene Treffen mit zum Teil mehreren Hunderten TeilnehmerInnen, von denen mehr als die Hälfte aus der unmittelbaren Umgebung des Tagungsortes stammen und erstmalig (und meistens auch zum letzten mal) an einer EPA teilnahmen. Das Ergebnis waren oft ermüdende Plena mit Leuten völlig unterschiedlicher Kenntnisstände und zum Teil ausgeprägter Selbstdarstellungsbedürfnisse, die erst thematisch wild durcheinandergehen und dann am Schluss das beschließen, was zuvor ein harter Kern von Insidern (ca. 30-50 Personen) unter sich ausgehandelt hat. Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft des ESF-Prozesses besteht daher darin, einerseits wirklich partizipative und motivierende Strukturen zu etablieren, diese aber zugleich mit einer transparenten Kontinuität der Vorbereitung zu kombinieren. Neben der Frage der ESF-Vorbereitung kamen auch verschiedene andere Schwächen des ESF-Prozesses zur Sprache, so z.B. die Frage der Programmgestaltung, der Kooperation mit den örtlichen Behörden und auch die Frage, welche (herausragende oder weniger herausragende) Rolle die Bewegungen des gastgebenden Landes im Vorbereitungsprozess spielen sollen. Letzteres wird auch gerade angesichts der großen Zersplitterung der griechischen Bewegungen mit Blick auf das nächste ESF im März 2006 in Athen kontrovers diskutiert.

Die außerordentliche EPA am 18.-19.12. in Paris hat sich eine kritische Reflexion dieser und anderer Schwächen des bisherigen ESF- und EPA-Prozesses zur Aufgabe gemacht. Als Input in diese EPA haben wir in Innsbruck daher einen gemeinsamen Brief der

anwesenden Attacs an die EPA formuliert, der weiter unten als Anlage angefügt ist.
Dieser Brief bringt ein wesentliches Ergebnis unserer Diskussionen in Innsbruck zum Ausdruck: Während sich die nationalen Attacs bisher ohne große Koordination in den ESF-Prozess eingebracht haben, wollen wir dies in Zukunft stärker abgestimmt als europäisches Attac-Netzwerk tun. Dazu sollen sich die Attac-VertreterInnen vor den EPAs stärker abstimmen (eine e-mail liste wird eingerichtet) uns sich möglichst auch treffen.
Das wird zugleich erfordern, dass wir uns in Zukunft stärker mit dem Sozialforumsprozess in den nationalen Attacs auseinandersetzen und unsere Erwartungen, Wünsche, Strategien und Ressourcen diskutieren, die wir mit dem Sozialforumsprozess in Verbindung bringen (wollen).

4. Stärkung der transnationalen Vernetzung lokaler Gruppen

Die Anwesenden waren sich einig, dass die Koordination in Form der europäischen Seminare durch breiter angelegte Treffen mit einer sehr viel höheren zahlenmäßigen Beteiligung ergänzt werden müssen. Um zu einem lebendigen europäischen Netzwerk zu kommen, müssen in Zukunft stärker Events vom Format einer Europäischen Sommerakademie ins Auge gefasst werden. (...) Es haben sich Leute gefunden, die einen Kalender mit Aktionen/Events mit europäischem Kontext für lokalen Gruppen zusammenstellen wollen (Kontakt. Gerold Schwarz <gschwarz@intellict.de>).

5. Webseite attac.org

(..). In einer Arbeitsgruppe haben wir besprochen, wie es konkret zu einer schnellen notdürftigen Aktualisierung und einer zukünftigen Redaktion kommen kann.(...). Unter attac.org soll es eine Seite des europäischen Netzwerks geben, auf der u.a. die Protokoll und Berichte von den Europäischen Seminaren und den Telefonkonferenzen veröffentlicht werden sollen.

6. Nächstes europäisches Seminar:
Das nächste europäische Attac-Seminar wird auf Einladung von Attac-Norwegen in Norwegen stattfinden. Angepeilter Zeitraum ist April/Mai 2005.
Philipp Hersel (und Gerold Schwarz)

Gemeinsamer Brief der in Innsbruck versammelten Attacs an die European Preparatory Assemby des Europäischen Sozialforums:

The fourteen Attac organisations present at the European Attac meeting in Innsbruck December 3-5 would like to make the following contribution to the ongoing discussion as regards the future development of the ESF process, and the European meeting of December 18-19 in Paris.

1. We consider the ESF process a major step forward in building our struggles against neoliberal globalisation. It gives a visible expression to the diversity of the movements, and points the way towards the construction of a new kind of common political space in Europe.
2. Although the first three fora have permitted us to achieve many successes, the limitations of our work so far must also be acknowledged. In our view, the themes in focus must better reflect the breadth of struggles that people are experiencing in Europe. This would necessarily entail a different kind of balance between different issue areas, making social issues a key consideration of the process. For example, we consider it out of tune with political realities that the last ESF had so few seminars on themes such as unemployment and the struggle against pension reforms.
3. In our view, this situation is, to a certain extent, a problem of method. Currently, the process does not permit us to have the political discussions that are so essential for advancing together. We must find a way of working that allows for better confrontation of ideas and practices, elaboration of alternatives, strategising and decision-making for common action.
4. In rethinking the working method within the process, we believe that the guiding principle has to be striving for a process building from below, in the sense that it has to start from the considerations of different movements and organisations, including the many who are currently not following the process, but nevertheless consider it most important. We should consider what there may be to learn from the work being done for the WSF, in terms of broad consultations when defining themes, and technical solutions for facilitating strategic interlinkage and voluntary mergers of self-organised activities.
5. It has to be recognised that the European Preparatory Assembly (EPA) is the space where the political orientation of the ESF is forged. Therefore, it is absolutely essential that its functioning is democratic. Until now, democracy in the EPA context has largely been a matter of assuring openness and inclusivity, while transparency and accountability for decision-making has been neglected. Improving this state of affairs would in a first step mean creating or reorganising the basic infrastructure for the meetings (for example documents must be made available before meetings, facilitation must be properly prepared and rotated during meetings, participant lists and minutes must be made available after meetings).
6. In the long run, we also need to reflect on the difficult question of representativity in the EPA, as regards democratically legitimate processes at national or local level, as regards social bases, and as regards geographic areas. These questions are crucial for the work we have to do; however, we recognise that there are no easy solutions to this and that further reflection on the best way to proceed is necessary.

Adopted by Attac Austria, Bulgaria, Finland, France, Germany, Hungary, Italy, Norway, Poland, Romania, Spain, Sweden, Switzerland, Wallonie-Bruxelles. Since then also signed by Attac Denmark and Attac Flanders

Weltsozialforum in Porto Alegre, 26.- 31.Januar.

http://www.forumsocialmundial.org.br/ **s. auch (auf Deutsch) http://weltsozialforum.org/links/**

Berichte über das Weltsozialforum in „Sand im Getriebe“ Nr.41

Erklärung der Versammlung der Kriegsgegner in Hyderabad

Hyderabad, Indien, 19. Dezember 2004

Wir sind Abgeordnete von sozialen Bewegungen, Organisationen, politischen Parteien, Netzwerken sowie Vereinigungen von Arbeitern, Bauern, Frauen, Studenten und anderen Sektoren aus Asien, Afrika, Europa und Nordamerika, die für weltweiten Frieden und Gerechtigkeit kämpfen und sich Gleichheit, Solidarität und Pluralismus auf die Fahnen geschrieben haben

Wir führen unsere eigenen Kampagnen und den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Militarisierung, nukleare Aufrüstung, US-Militärstützpunkte und unternehmensgesteuerte Globalisierung; wir verurteilen den Krieg, einschließlich Bürgerkriege.

Im Bestreben der **USA** nach militärischer und wirtschaftlicher Weltherrschaft ist **Westasien das strategische Schlachtfeld**. Irak und Palästina sind die beiden entscheidenden Brennpunkte der Aggression und des Widerstandes. Für den Aufbau weltweiter Gerechtigkeit und Gleichberechtigung ist es kritisch, die Völker Iraks und Palästinas aus ihrer Besetzung und dem Kriegszustand zu befreien. Ihr Kampf ist auch der unsere.

Die USA versuchen eine globale Hegemonie zu errichten, indem sie überall auf der Welt **Militärstützpunkte** aufstellen, alle globalen internationalen Institutionen sowie internationale Menschenrechtsabkommen und die Demokratie untergraben, und gleichzeitig durch unfairen Handel und ungerechte Kontrolle über geistiges Eigentum eine Welt der Ungleichverteilung zementieren.

Gegenwärtig versuchen die USA zudem, die **Landwirtschaft** weltweit unter ihre Kontrolle zu bringen, indem multinationale Konzerne die Produktion von Saatgut kontrollieren. Das Recht der Völker Iraks und Palästinas auf ihr Volksvermögen, ihre Nahrungsmittel und ihre Landwirtschaft wird unterhöhlt: Einer der ersten Befehle der Besatzungsmacht im Irak (Befehl Nr. 81) untersagte den irakischen Bauern eigenes Saatgut mit der Begründung, die Rechte der Pflanzenzüchter müssen gewahrt bleiben. Unsere Vereinigung erklärt das Recht aller Bauern der Welt auf die Selbst-Kontrolle über ihre Landwirtschaft und ihr Saatgut.

Wir verurteilen Besatzungsmächte und Diktaturen, die **Folter** gegen jene einsetzen, die ihr demokratisches Recht auf Widerspruch verteidigen. **Insbesondere die Völker Iraks, Palästinas und Afghanistans** sind Ziele dieser Art von Gewalt geworden. Frauen werden routinemäßig herausgegriffen und Opfer von Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt. Wir fordern die Verfolgung und eine abschreckende Strafe für alle solchen Sexualverbrechen unter Kriegsrecht.

Wir fordern die Abschaffung nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen, wie etwa chemische und biologische Waffen. Solche Waffen sollten nicht mehr hergestellt werden, und alle aktuellen Bestände gehören zerstört. Die Vereinten Nationen haben die Rolle, für die sie ursprünglich geschaffen wurden, aufgegeben und müssen reorganisiert und demokratisiert werden.

Irak

Die letzten 20 Monate brutaler Besetzung des Iraks durch die Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten erfuhren wachsenden Widerstand im irakischen Volk. **Die Opfer dieser Besetzung sind das irakische Volk**, von dem zahllose Kinder, ältere Leute und Frauen Opfer der sogenannten «punktgenauen» Angriffe amerikanischer Raketen und Bomben wurden. Unabhängige Berichte (z.B. in «The Lancet», der britischen Medizinfachzeitschrift) beziffern die Zahl der irakischen Toten auf mehr als 100'000. Allein der Vorstoß in Falludscha im vergangenen Monat forderte mehr als 6'000 Menschenleben und machte den größten Teil der Stadt dem Erdboden gleich. Um die täglichen Kriegsverbrechen im Irak geheimzuhalten, werden die unabhängigen Medien ausgeschaltet; bei jedem Angriff sind die Medien das erste Ziel; unmittelbar darauf folgt das medizinische Personal, das Auskunft über die Anzahl der Toten und tödlich Verletzten bei solchen Angriffen geben kann.

Der Plan der USA, den Irak zu einem Vasallenstaat zu machen, indem die Macht an die Allawi-Regierung im Juni 2004 übergeben wurde, um die Wahlen im Januar 2005 vorzubereiten, löst sich zusehends auf. Immer mehr Menschen, sogar in den USA selbst, beginnen einzusehen, daß die Menschen dort die neo-konservativen Pläne eines direkten imperialistischen Eingriffs nicht dulden werden. Die Folterung von Gefangenen im Gefängnis von Abu Ghraib, der Mangel jeglicher Beweise für die Behauptung, der Irak habe Massenvernichtungswaffen besessen, und die Tatsache, daß die Regierungen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens nachträglich die Verbindung zwischen dem Irak und Al-Qaïda dementieren mußten, **beseitigte jede Legitimation, die der Feldzug gegen den Irak je gehabt haben mochte**.

Inzwischen versuchen die USA, die irakische Wirtschaft zu privatisieren und zu liberalisieren, im Widerspruch zu internationalem Gesetz. Iraks Öls wird verkauft, um die Besetzung und fortwährende Unterwerfung Iraks selbst zu finanzieren.

Wir unterstützen des legitime Recht der Iraker, sich der illegalen Besetzung ihres Landes mit allen Mitteln zu widersetzen.

Wir verlangen den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der US- und «Koalitions»-Streitkräfte aus dem Irak.

Wir fordern, daß die USA und ihre Verbündeten für den illegalen Einmarsch in und die Besetzung des Iraks zur Rechenschaft gezogen werden, ebenso für ihre Menschenrechtsverletzungen und ihre Versuche, die Wirtschaft des Iraks zu verändern.

Wir widersetzen uns dem Versuch der USA, durch die Abhaltung von Scheinwahlen ihre Besetzung im Irak zu legitimieren.

Wir unterstützen die Schaffung eines unabhängigen nationalen Verfassungsrats, der nicht von den Besatzungsmächten gesteuert wird.

Wir fordern, daß alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen im Irak von einem internationalen Kriegsverbrechertribunal behandelt werden.

Wir fordern, dass irakische Güter von den Besatzungsmächten weder privatisiert noch in ausländischen Besitz gebracht werden.

Wir verurteilen die Angriffe auf unschuldige Zivilisten.

Wir verlangen die Freilassung aller politischer Gefangenen irakischer Herkunft.

Wir verlangen, dass die Regierung Indiens keine Beziehungen zum Marionettenregime im Irak aufrechterhält.

Palästina

Unsere Vereinigung **verurteilt in vollem Umfang die israelische Besetzung palästinensischer Gebiete**, die nun seit vier Jahrzehnten andauert und damit internationales Recht, internationale Menschenrechte und unzählige UN-Resolutionen verletzt. Wir fordern, daß Israel alle 1967 besetzten Gebiete sofort freigibt. Wir anerkennen in vollem Umfang das Recht des palästinensischen Volkes, seinen eigenen Staat zu errichten, mit Jerusalem als dessen Hauptstadt, ohne irgendwelche Einschränkung seiner Souveränität. Ebenso anerkennen wir das Recht der Palästinenser, sich der Besetzung mit allen legitimen Mitteln zur Wehr zu setzen und die Intifada zu unterstützen.

Solange die illegale Besetzung noch andauert, begrüßt unsere Vereinigung den Urteil des **internationalen Gerichtshofes** und ruft die konstituierenden Parteien der Genferkonvention auf, mit sofortiger Wirkung praktische Maßnahmen zu entwickeln, um die Apartheidmauer abzubrechen. In Übereinstimmung mit jenem Urteil muß Israel gewährleisten, daß alle Belange der Genfer-konvention, die die Pflichten von Besatzungsmächten regeln, wörtlich und sinngemäß eingehalten werden.

Die Mauer, die Israel quer durch das Westjordanland gezogen hat, hat das Volk der Palästinenser geteilt und sie ihres Landes und ihrer Pflanzungen beraubt. Das palästinensische Gebiet ist in eine Unzahl von Enklaven zerstückelt worden, und Israel hat riesige Siedlungen auf Land errichtet, das im Rahmen einer Annektierungspolitik der besetzten Gebiete von Palästinensern konfisziert worden war. Unsere Vereinigung ruft die «Internationale Gemeinschaft» auf zu erkennen, daß Sharons Plan des sogenannten «einseitigen Rückzuges» aus dem Gaza-Streifen und Teilen des Westjordan-landes in Wirklichkeit darauf hinausläuft, daß weitere Teile des palästinensischen Territoriums annektiert und der Rest in wirtschaftlich und sozial zurückgebliebenes Ödland degradiert werden. Dies würde nur die Besetzungsverhältnisse zementieren und die Aussichten auf einen gerechten und andauernden Frieden verhindern.

Die **Bush-Regierung** hat kürzlich erklärt, sie unterstütze die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Boden, und fügte außerdem hinzu, die USA erwarte weder, dass Israel sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehe, noch anerkennten sie weiterhin das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat. Dies bestärkt den bedingungslosen Rückhalt, den die USA dem zionistischen Regime zukommen ließ, und verletzt zudem ausdrücklich unzählige Resolutionen des Sicherheitsrates und der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Unsere Vereinigung verurteilt diese USA-Israel-Achse in jeder Hinsicht.

Wir fordern, daß Israel die besetzten Gebiete in Palästina und anderenorts aufgibt.

Wir verurteilen den rassistischen und kolonialistischen Charakter des Zionismus, der israelischen Staatsideologie.

Wir fordern, daß Israel sofort die Politik aufgibt, palästinensische Führer durch gezielte Mordanschläge zu eliminieren.

Wir verlangen, daß das Recht aller Palästinenser auf ihre Heimkehr erfüllt wird. Bis zur Umsetzung dieser Forderung muß den palästinensischen Flüchtlingen in der Diaspora sowie auch den in Palästina selbst vertriebenen Palästinensern ihre vollen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte gewährt werden.

Wir fordern den Abbruch der Rassentrennungsmauer und aller Siedlungen

Wir fordern die Freilassung aller politischer Gefangenen paästinensischer Herkunft.

Wir fordern, daß die indische Regierung mit sofortiger Wirkung ihre aufkeimenden militärischen Beziehungen mit Israel abbricht

Wir rufen zu einem internationalen Boykott und zu Sanktionen gegen Israel auf und fordern von der indischen Regierung, daß sie diese Politik des Boykottes und der Sanktionen sofort umsetzt, bis Israel alle besetzten Gebiete geräumt hat.

Andere

Wir verurteilen die Versuche, Völker zu spalten und einzelne Gruppen aufgrund religiöser oder anderer Merkmale zu verteufeln. Im Namen der Bekämpfung des «Terrorismus» nützen verschiedene Regierungen solche Spaltereien, um die demokratischen Volksrechte einzuschränken und Widerspruch als Verbrechen abzustempeln. Wir verurteilen solche Angriffe auf die Volksrechte in allen Ländern, einschließlich **Indien**. Wir befürworten eine gerechte Lösung für den Kaschmir, das Naga-Volk und den Nordosten sowie für die tamil-sprechende Bevölkerung Sri Lankas durch einen politischen Prozess und in Übereinstimmung mit dem Volkswillen. Wir fordern auch, daß Indien seine drakonischen Gesetze fallen läßt, wie z. B. die Sondereingriffsrechte der Streitkräfte, und daß alle politischen Gefangenen freigelassen werden. Wir begrüßen den gegenwärtig stattfindenden indisch-pakistanischen Dialog und hoffen, daß beide Länder den Friedensprozess weiterführen werden.

Versammelt in Hyderabad in einem kritischen Augenblick der Weltgeschichte, verpflichten wir uns zu einer Fortführung des Kampfs gegen die Besetzung des Iraks und Palästinas, gegen unternehmensgesteuerte Globalisierung und Diktaturen überall auf der Welt, einschließlich in Westasien und anderen arabischen Ländern. Dies ist das erste Mal, daß eine solche Zusammenkunft von Kriegsgegnerkoalitionen aus der ganzen Welt in Indien stattfand, um die weltweite Antikriegsbewegung mit Indiens historischer Rolle auf diesem Feld zu verbinden. Wir drücken unsere Solidarität mit den Völkern Westasiens aus, die für Demokratie und soziale, wirtschaftliche, politische und Bürgerrechte kämpfen und Unterdrückung erleiden müssen.

Wir verpflichten uns ferner dazu, durch gemeinsame Kampagnen und Aktionsprogramme eine internationale Solidarität mit Irak und Palästina aufzubauen. **Am 19. und 20. März 2005, dem zweiten Jahrestag des Einmarschs in den Irak, rufen wir zu einer massiven weltweiten Demonstration gegen die Besetzung des Iraks auf.** Unsere Vereinigung fordert den weltweiten Widerstand auf, den Umfang des aktuellen Kampfs auszudehnen, besonders auf die Länder, die Teil der imperialen Besatzungsmächte sind, nicht nur zu Protesten, sondern auch dazu, **die US-Kriegsmaschinerie zum Stillstand zu bringen.**

Dieser Artikel stammt aus «Focus on the Global South»
http://www.focusweb.ord/main/html/
Übersetzung : Paul WOODS und Dominik WEZEL, ehrenamtliche ÜbersetzerInnen coorditrad@attac.org

VANDANA SHIVA

"Der Tsunami hat deutlich gezeigt, wie teuer es wird"

Frankfurter Rundschau 8.1.2005

Die fundamentale Lektion der Tsunami-Katastrophe vom 26. Dezember, die nun die Welt lernen muss, verlangt eine bewusste Vorbereitung auf absehbare Umweltdesaster in der Zukunft, einschließlich der Erkennung der entsetzlichen Folgen des Klimawechsels.

Als der Tsunami die Malediven unter Wasser setzte, habe ich den Eindruck bekommen, die Natur führe uns vor, was geschehen wird, wenn der Meeresspiegel weiter steigt und ganze Gesellschaften ihren ökologischen Raum für ein Leben in Frieden mit der Natur verlieren.

Während die **US-Regierung** und notorische Umweltskeptiker weiterhin darauf beharren, dass der industrialisierte Norden es sich einfach nicht leisten könne, Maßnahmen zur Verminderung der CO2-Emissionen und zur Linderung der Folgen des Klimawechsels zu ergreifen, hat der Tsunami deutlich gezeigt, wie teuer es werden wird, wenn wir so weiter machen wie bisher. Neben der massiven Hilfe für die Opfer des Seebebens müssen wir bereits jetzt Aktionen starten, um sicherzustellen, dass künftigen Opfern eines Klimawechsels Gerechtigkeit widerfährt.

Wie es ein Sprecher der Allianz von kleinen Inselstaaten während der Verhandlungen für das UN-Klimaschutz-Abkommen schon sagte: "Der stärkste menschliche Instinkt ist nicht die Habgier, sondern der Überlebenstrieb, und wir werden nicht zulassen, dass mit unserem heimatlichen Boden, unseren Völkern und unseren Kulturen gehandelt wird, um daraus kurzfristige wirtschaftliche Vorteile zu ziehen."

Das nächste Desaster muss nicht notwendigerweise wieder von einem Seebeben ausgelöst werden. Es könnte auch ein von Erdbeben verursachter **Bruch eines Großdammes** am Ganges sein.

Der in Bau befindliche Tehri-Damm steht auf einer seismologischen Bruchrinne. Der Stausee soll die hunderte von Meilen entfernte Hauptstadt Neu- Delhi mit Wasser versorgen, eine Dienstleistung, die vom Wasserkonzern Suez privatisiert ist. Suez ist der größte Wasserhändler der Welt. Die Staumauer des Theri-Dammes wird 260 Meter hoch sein und 3,22 Millionen Kubikmeter Wasser aufstauen. Das Wasser wird sich bis zu 45 Kilometer zurück in die Täler der Zubringerflüsse stauen. Sollte ein Erdbeben den Damm brechen, würde sich innerhalb von eineinhalb Stunden eine zwölf Mal höhere Flutwelle als der Tsunami über die heiligen Städte Rishikesh und Haridwar wälzen und alles mit sich reißen. Nach acht Stunden würde eine zehn Meter hohe Welle über die 214 Kilometer entfernte Stadt Meerut hereinbrechen und nach zwölf Stunden eine noch immer 8,50 Meter hohe Welle die 286 Kilometer entfernte Stadt Bulanshahar erreichen.

Um besser vorbereitet zu sein auf künftige Naturkatastrophen, müssen alle Konsequenzen in Betracht gezogen werden, die sich aus Entwicklungsmodellen ergeben, die ökologische Kosten und Bedenken beiseite geschoben haben, um schnelles Wachstum zu erreichen. In Wirklichkeit kann eine Vorbereitung gegen Desaster nur in der konsequenten Verringerung der ökologischen Verwundbarkeit und in der Stärkung der ökologischen Anpassungsfähigkeit liegen.

Genau das Gegenteil wird aber gefördert, wenn man weiterhin die Umweltkosten in der wirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung und beim Wirtschaftswachstum ausklammert. Die öffentlichen Güter und die soziale Verantwortung von Regierungen dürfen dem Profitstreben und der Habgier der Konzerne nicht geopfert werden.

Wir sehen jetzt, dass Nahrungsmittel, Wasser und Medikamente die dringlichsten Bedürfnisse der Flutopfer in Südostasien sind. Während die öffentliche Hand gefordert ist, die Betroffenen mit Überlebensgütern und medizinischen Grunddiensten zu versorgen, forciert die Globalisierung auf der anderen Seite die Privatisierung und die wirtschaftliche Integration in ihre Netzwerke. Wenn alle Nahrungsmittel und das Wasser zu Handelsgütern in Händen der globalen Konzerne gemacht werden - wie soll da die öffentliche Hand die Not lindern?

In Indien werden dringend billige Medikamente für die Tsunami-Opfer gebraucht, kurz davor hat die Regierung aber den Patentschutz auf Generika (günstige Nachahmerpräparate, Anmerkung der Redaktion) ausgedehnt. Für Millionen Menschen, die unter kritischen Bedingungen leben, sind starke öffentliche Dienste für die Nahrungs- und Gesundheitsversorgung überlebenswichtig. Das steht im offenen Widerspruch mit der international forcierten Politik der Privatisierung und der Kommerzialisierung aller Güter und Dienstleistungen.

Das Seebeben in Südostasien erinnert uns in drastischer Weise daran, dass wir Menschen, leicht verletzbare Wesen sind, was auch für den Planeten Erde gilt. Wir sollten uns unsere Zerbrechlichkeit eingestehen und unser Handeln danach ausrichten. In Südostasien sind nicht nur die Flutwellen gegen die Küste geprallt, sondern es sind auch zwei Welten zusammengestoßen, die Welt von Kommerzialisierung und freier Vermarktung auf der einen Seite, und die Welt, die für eine globale Demokratie eintritt, auf der anderen. Die eine Welt setzt uns schutzlos und ohnmächtig Umweltkatastrophen aus, an denen sie selbst beteiligt ist - während die andere die Menschheit als Ganzes sieht, die dadurch auch in der Lage ist, das Leben neu auszurichten, um sich auf eine ungewisse Zukunft vorzubereiten. *S. auch Junge Welt vom 11.Januar*

George Bush kommt nach Deutschland (Mainz) , 23. Februar 2005

Großdemonstration in Mainz organisiert vom Mainzer Aktionsbündnis

"Not Welcome, Mr. Bush. Für eine friedliche und soziale Welt"

„Wegen zu erwartender massiver Proteste in Berlin findet der Besuch im am 23. Februar im überschaubaren Mainz statt. Das zeigt: unsere Proteste 2002 waren nicht umsonst, Bush ist in Berlin nicht willkommen.

Klar ist: es wird massive Proteste geben! Die Gründe gegen Bush auf die Straße zu gehen sind so vielfältig und verschieden wie wir selbst. Deshalb zählen wir sie hier nicht noch einmal auf. JedeR von uns hat seine eigenen Ansätze Bush und seine Politik zu kritisieren. Wichtig ist aber auch vor der eigenen Haustüre zu kehren. Mit dem Bush-Besuch in Deutschland soll die bisherige Politik der Bush-Regierung malerisch und protestfrei abgesegnet werden. Wer Bush einen freundlichen Empfang in der Provinz bereiten will, billigt auch den Kriegskurs der Bush-Administration. „ aus : **http://www.bushinmainz.de**

Eine Aktionskonferenz fand am 15.1. statt, Ergebnisse unter http://www.attac.de/mainz oder: http://www.friedenskooperative.de